

## Girls just wanna have a woman

Beim Nominierungsparteitag träumen insbesondere Demokratinnen von Kamala Harris als erste Frau im White House. Schon jetzt zeigen Umfragen: Die Gunst von Wählerinnen wandert in ihre Richtung

3



Bald auf den Weg ins Brat House? Die demokratische Präsidentschaftskandidatin hält eine Fotokamera in einem Flugzeug auf dem Weg nach Chicago am 20. August Foto: Kevin Lamarque/reuters

steile these

„Niemand zwingt Sudans Warlords dazu, ihre Bevölkerung zu töten. Leider zwingt sie auch niemand, sie am Leben zu lassen“

taz-Redakteur **Dominic Johnson** über die Hungersnot in Sudan

12

Kommentar von **Anja Krüger** zu den Folgen des Ampel-Haushalts für die Deutsche Bahn

### Bahnfahrt nach Absurdistan

Es klingt wie ein Witz aus einer Satirensendung: Ein Tempolimit für ICE soll die Fahrplankrise der Deutschen Bahn lindern, fordert der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft, Martin Burkert. Durch die Drosselung der Geschwindigkeit von 250 auf 200 Stundenkilometer soll so während der Generalsanierung des Schienennetzes das Zeitmanagement der Bahn wieder stabiler werden. Die Vorschläge für Besserungen bei der angeschlagenen Bahn werden immer absurder. Beim öffentlichen Verkehr in Deutschland geht es abwärts, nicht voran.

Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) und seine Kabinettskolleg:innen sind zwar nicht für das Desaster bei der Deutschen Bahn verantwortlich, das sind frühere Regierungen. Aber mit ihrer Haushaltspolitik verschärft die Ampel sehenden Auges die Krise des Schienenverkehrs. Weil sich die Spitzen von SPD, Grünen und FDP

im Haushaltsstreit nicht einigen können, wollen sie der Bahn statt Zuschüssen Milliarden in Form von Darlehen und einer Eigenkapitalerhöhung geben. Denn das ist nicht schuldenbremsenrelevant. Weil die Bahn eine bestimmte Eigenkapitalverzinsung erreichen muss, droht eine drastische Anhebung der Trassenpreise. Diese Schienenmaut müssen Verkehrsunternehmen für jeden gefahrenen Kilometer an die Bahn-Tochter InfraGo zahlen, auch die Deutsche Bahn selbst.

Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) will durch Eingriffe in die Vorschriften für die Eigenkapitalverzinsung der Deutschen Bahn die anstehende Erhöhung dämpfen, aber ob das gelingt und reicht, ist offen. Es hilft nur eins: Die Ampel muss wie ursprünglich geplant der Deutschen Bahn Zuschüsse zahlen und die Unsicherheit über die Trassenpreise beenden. Der Kollateralschaden der Haushaltstricksereien wäre zu

hoch. Steigt die Schienenmaut, werden auch Ticketpreise und Transportkosten für Güter höher.

Die Konsequenz: Leute werden noch mehr vor dem Bahnfahren zurückschrecken und lieber das Auto nehmen, die Verlagerung von Gütertransporten von der Straße auf die Schiene wird noch schleppender vorankommen. Angesichts von Klimakrise und Verkehrskollaps auf den Straßen ist diese Weichenstellung grundfalsch. Dass für den Personentransport auf der Schiene eine Maut fällig wird, für Pkw auf Autobahnen aber nicht, ist ohnehin absurd. Lkw müssen zwar auf Fernstraßen eine Maut zahlen, aber die ist nicht hoch genug. Ihr Wettbewerbsvorteil wird durch weiter steigende Trassengebühren noch größer. Aus gutem Grund sprechen Verkehrsverbände von einem Konjunkturprogramm für den Transport per Lastkraftwagen. Das darf es nicht geben.

8

Ausgabe Berlin  
Nr. 13443  
€ 3,40 Ausland  
€ 2,80 Deutschland

Die taz wird ermöglicht durch

**23.467**

GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter [geno@taz.de](mailto:geno@taz.de) oder 030 | 25 90 22 13  
Aboservice: 030 | 25 90 25 90  
fax 030 | 25 90 26 80  
[abomail@taz.de](mailto:abomail@taz.de)  
Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325  
[anzeigen@taz.de](mailto:anzeigen@taz.de)  
taz Shop: 030 | 25 90 21 38  
Redaktion: 030 | 259 02-0  
fax 030 | 251 51 30,  
[briefe@taz.de](mailto:briefe@taz.de)  
taz

Postfach 610229, 10923 Berlin  
[twitter.com/tazgezwitscher](https://twitter.com/tazgezwitscher)  
[facebook.com/taz.kommune](https://facebook.com/taz.kommune)

[www.taz.de](http://www.taz.de)



Foto: imago

**Wer wählt das Bündnis Sahra Wagenknecht?**  
Ein Besuch bei Wahlkampfständen in Sachsen und Thüringen  
**4-5**

**Von Nazis angefeindet**

Über den Gedenkstättenleiter Jens-Christian Wagner  
**13**

**Gegenwärtige Vergangenheit**

Der neue Roman „Reichskanzlerplatz“ von Nora Bossong  
**15**

**VERBOTEN**

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Die Nervosität des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump lässt sich derzeit hautnah im Netz miterleben: Um Swifties zu umgarnen, teilte er ein KI-generiertes Bild von Taylor Swift im Uncle-Sam-Look mit der Zeile: „Taylor Swift will, dass du für Donald Trump stimmst.“ Was er sich wohl als Nächstes einfallen lassen wird? Ein KI-generiertes Bild von Kamala Harris, die ihre Kandidatur zurückzieht? So oder so war das Ganze ein Move

aus der untersten Wahlkampfschublade.



Von **Barbara Junge**

Sie waren einfach zwei kleine schwarze Mädchen, Freundinnen, die im kalifornischen Berkeley in recht durchschnittlichen Verhältnissen aufwuchsen. Beide sind sie über ihr Milieu hinausgewachsen. Und an diesem Abend steht Stacey Johnson-Batiste nun auf der Bühne im United Center in Chicago. Die Demokraten haben sie beim Krönungsparteitag für Kamala Harris aufgeboden, um – wie so viele vor und nach ihr in diesen Tagen, in dieser jubeltrunkenen Halle – Kamala Harris' Charakter zu preisen, Harris' Einsatz für Gerechtigkeit. Die stärksten Worte bei dem Ruf aus der Kindheit aber fallen Doris Johnson zu, ihrer Mutter, die mit ihr auf der Bühne steht. „Kamala“, beendet Doris Johnson mit brüchiger Stimme den Auftritt, „deine Mutter wäre so stolz auf dich.“

Einen Jubeltag später spricht auch Michelle Obama, die heimliche Kandidatin der Herzen, an der gleichen Stelle von ihrer kürzlich verstorbenen Mutter. Das letzte Mal sei sie in ihrer Heimatstadt gewesen, um ihrer zu gedenken, „der Frau, die mir einen starken moralischen Kompass gegeben, die mir die Kraft meiner Stimme gezeigt hat“. Sie sei deshalb nicht sicher gewesen, ob sie hier auftreten könne. Doch ihr Herz, sagt Michelle Obama, habe sie gedrängt hier zu sprechen, „um die Erinnerung an meine Mutter zu ehren“.

Michelles Ehemann Barack Obama war 2009 als erster schwarzer Präsident ins Weiße Haus eingezogen. Mit „Yes, we can“ hatte er, der Senator aus Illinois, sich schon parteiintern gegen die New Yorker Senatorin Hillary Clinton durchgesetzt. Die Zeit war reif für den ersten Schwarzen im Weißen Haus.

Acht Jahre später, im Duell gegen Donald Trump, träumte dieselbe Hillary Clinton dann als demokratische Präsidentschaftskandidatin davon, die gläserne Decke zu durchstoßen. Für alle Frauen, „die sich gefragt haben, ob sie jemals Präsidentin der Vereinigten Staaten sein könnten, ... für alle Mütter, die ihren Töchtern sagen: Ihr könnt alles sein, was ihr wollt.“ Die große Party im Javits Convention Center in Manhattan fiel am Wahlabend im November 2016 aus. Und das Mütter-Motiv steht heute sinnbildlich für eine Hoffnung: dass die Zeit endlich endlich reif ist für eine Frau im Weißen Haus.

Die Jugendfreundin und ihre Mutter: Doris Johnson and Stacey Johnson-Batiste preisen Kamala Harris am 19. August auf dem Parteitag der Demokraten in Chicago  
Foto: Chip Somodevilla/getty images/afp



## „Keep going“

Kamala Harris gewinnt gerade die Gunst der Frauen. Sie soll einen alten Traum wahr machen: eine Frau im Weißen Haus. Dabei macht die aktuelle Vizepräsidentin selbst gar keine Anstalten, die Frauen-Karte auszuspielen

Als Hillary Clinton in Chicago an der Reihe ist Harris ihren Segen zu geben, spricht sie von einem „neuen Kapitel in der amerikanischen Geschichte“, von etwas, „auf das wir so lange hingearbeitet, von dem wir so lange geträumt haben“, „von einer Zukunft, wo es keine gläserne Decke für unsere Träume gibt“.

Sie träumt noch immer von einer Präsidentin im Weißen Haus. Und sie träumt nicht alleine. Der trunkene Kamalarausgang der Demokraten – keine und keiner der scharfen Harris-Kritiker:innen will hier in Chicago mit nüchternen Worten stören – wirkt ansteckend. Je nach Umfrage führt Harris auf nationaler Ebene im Moment mit 3 bis 6 Prozent vor dem republikanischen Kandidaten Donald Trump. Wer im November vorne liegen wird, ist damit nicht gesagt. Blaue (Farbe der Demokraten) und rote (Republikaner) Linien laufen in Grafiken, die die Ergebnisse von Wahlumfragen abbilden, noch relativ parallel. Aber es ist denkbar. Bei Joe Biden war das anders. Denn auch von den wichtigen sechs Swing

States, wo am 5. November die Wahl voraussichtlich entschieden wird, kann sie im Moment vier verbuchen.

Wie abstrakte Geometrie sehen dann Grafiken aus, die nach Geschlechtern differenzierte Umfrageergebnisse darstellen. Rote Linien, rote Pfeile weisen nach unten, blaue Linien und

### Harris kann skeptische Schwarze, Latinos und Latinas zurückholen

Pfeile zeigen steil nach oben. Auch Donald Trump kann auf einen fanatischen Frauenanteil zählen. Doch Harris mobilisiert gerade Frauen, Mütter, Töchter. Überproportional viele Frauen wünschen sich Kamala Harris im Weißen Haus. Wie Anusha Mathur in *Politico* schreibt, wird gerade aus dem Gender Gap zwischen den Wahlpräferenzen von Männern und Frauen „ein Ab-

grund“. Die *Washington Post* stellt eine „Sienna“-Umfrage aus dem Juli einer neuen CBS-News/YouGov-Umfrage gegenüber: Während Frauen Biden gegenüber Trump nur zu 6 Prozent mehr unterstützt hätten (49 zu 43 Prozent), sind es jetzt 12 Prozent (56 zu 44 Prozent). Noch muss diese Auswertung bestätigt werden, und andere Ergebnisse der Umfrage, die auf die Beliebtheit der Kandidat:innen gehen, sind für Harris nicht schmeichelhaft. Landesweite Umfragen haben zudem nur eine relative Relevanz. Doch in den entscheidenden Swing States Arizona, Georgia, Nevada, Michigan, Pennsylvania und Wisconsin verschiebt sich nach „Sienna“ die Wahlpräferenz im Schnitt ebenfalls um 10 Prozent bei den Frauen zugunsten von Harris. Besonders in den Sun-Belt-Staaten Arizona, Georgia und Nevada schneidet die Kandidatin gut ab. „Es handelt sich um die größte geschlechtsspezifische Diskrepanz, die wir je gesehen haben“, zitiert *Politico* Paul Maslin, Meinungsforscher vom Institut FM3.

Bislang macht Kamala Harris keine Anstalten, auf dem Frauen-Ticket zu fahren. Harris als personifizierte Mischung der Hauttöne und Herkünfte der US-Amerikanerinnen und -Amerikaner soll zentrales Element des demokratischen Wahlkampfes sein. Eine neue Form der „Americanness“ nennt der Präsident des Demokraten-nahen Think Tanks „Center for American Progress“ Patrick Gaspard das. Harris kann denn auch skeptische Schwarze, Latinos und Latinas, die sich von Biden abgewandt hatten, zurückholen. 84 Prozent der Schwarzen und 54 Prozent der Latinos und Latinas sind nach den Umfragen derzeit an Harris' Seite.

Dennoch mobilisiert kein Thema so sehr und könnte auch im November so entscheidend werden wie das Geschlecht der Kontrahent:innen. Glaubwürdiger als der Katholik Joe Biden kann die progressive Frau aus Kalifornien auch den Kampf um die reproduktiven Rechte der Frauen repräsentieren. Zwar müht sich Donald Trump, von der allzu evange-

likal-christlichen Position zu Abtreibungen Abstand zu gewinnen. Aber es war das von ihm selbst reaktionär besetzte höchste Gericht der USA, das die liberalere Abtreibungsregelung aufgehoben hat. Und schon das relativ gute Abschneiden der Demokraten bei den Midterm-Wahlen im November 2022 war zu guten Teilen der Mobilisierung zum Abtreibungsrecht zu verdanken.

An diesem Abend im August 2024 in Chicago, dem Geburtsort ihrer Mutter, reicht Hillary Clinton den Stab an Kamala Harris weiter. Sie beruft sich auf große Frauen in der US-Geschichte, die den Kampf um die Rechte von Frauen geführt haben, wie Shirley Chisholm, die erste schwarze Frau im Kongress (1969) und die erste Frau und Afroamerikanerin, die sich um die Nominierung als Präsidentschaftskandidatin beworben hatte (1972). Und auch Hillary Clinton lässt ihre Mutter zu Wort kommen: „Ich wünschte, meine Mutter und Kamalas Mutter könnten uns sehen. Sie würden sagen: Keep going. Macht weiter.“

demokraten-parteitag

## Die Nacht der Obamas

Michelle und Barack Obama hielten beim Nominierungsparteitag der Demokraten in Chicago mitreißende Reden auf Kamala Harris

Aus Chicago **Hansjürgen Mai**

Barack Obama kann noch immer eine Menschenmenge in seinen Bann ziehen. Der zweite Abend des diesjährigen Nominierungsparteitags der Demokraten in Chicago stand ganz im Zeichen des früheren US-Präsidenten. Und er enttäuschte nicht. Mit einer brennenden Rede versuchte der erste schwarze Präsident in der US-Geschichte die Wähler davon zu überzeugen, dass es im November nur eine Option für sie gibt: Vizepräsidentin Kamala Harris.

„Wir brauchen keine weiteren vier Jahre des Getöses, der Stümperhaftigkeit und des Chaos“, sagte Obama am Dienstagabend mit Anspielung auf eine mögliche zweite Amtszeit von Ex-Präsident Donald Trump. „Wir haben diesen Film bereits gesehen – und wir alle wissen, dass die Fortsetzung meist schlechter ist. Amerika ist bereit für ein neues Kapitel. Amerika ist bereit für eine bessere Geschichte. Wir sind bereit für eine Präsidentin Kamala Harris.“ Mit seiner Rede knüpfte Obama fast nahtlos an seine Rede vor 20 Jah-

ren an. Beim demokratischen Parteitag 2004 hatte er von der Hoffnung eines vereinten Landes gesprochen, in dem die Menschen ihre politischen Differenzen überwinden.

Diesen Traum hat er offenbar auch nach dem Ende seiner Amtszeit nicht aufgegeben. „Die überwiegende Mehrheit von uns möchte nicht in einem Land leben, das verbittert und gespalten ist. Wir wollen etwas Besseres. Und die Freude und Begeisterung, die wir im Wahlkampf zwischen Harris und Walz erleben, zeigt uns, dass wir nicht allein sind“. Harris und ihr Vizekandidat, Minnesotas Gouverneur Tim Walz, seien genau das richtige Duo, um Trump im November zu besiegen. Harris setze sich für alle Menschen ein. Im Gegensatz dazu sei Trump ein „78-jähriger Milliardär, der, seit er vor neun Jahren eine goldene Rolltreppe hinuntergefahren ist, nicht aufgehört hat, über seine Probleme zu jammern“. Der Ex-Präsident dankte auch seinem früheren Vizepräsidenten und Freund Joe Biden für dessen Leistungen als Präsident.

Obama war in seinem Element, doch es gab eine Person, die ihm zumindest an diesem Abend die Show stahl: seine Frau Michelle. Die ehemalige First Lady erklärte, dass mit Harris und Walz die Hoffnung ein Comeback in Amerika habe. Mit einer leidenschaftlichen Rede, in der sie mehrmals ihre im vergangenen Jahr verstorbene Mutter in Erinnerung rief, spannte sie den Bogen zu Harris. Sie und Harris seien von ähnlichen Muttertypen erzogen worden: hart arbeitend, uneigennützig und hoffnungsvoll.

Es sind Eigenschaften, die der unter äußerst privilegierten Umständen aufgewachsene Trump nicht mitbekommen habe. „Wir können uns nicht den Luxus leisten, zu jammern oder andere zu betrügen, um weiter voranzukommen“, sagte Michelle Obama und stellte auch scherzend die Frage: „Wer wird ihm sagen, dass die Arbeitsstelle, für die er sich gerade bewirbt, einer dieser ‚Black Jobs‘ ist?“ Von „Black Jobs“ – Schwarzen Jobs – hatte Trump während der TV-Debatte mit Joe Biden gesprochen: Migranten würden schwarzen

US-Amerikanern (prekäre) Jobs streitig machen. Michelle Obama warnte die Demokraten davor, sich nicht auf der aktuellen Euphorie auszuruhen. Es werde eine knappe Wahl werden, und um erfolgreich zu sein, müssten die Demokraten auch etwas tun.

Für ihre Rede bekam Michelle Obama überschäumenden Jubel – den

### „Amerika ist bereit für eine bessere Geschichte“

**Barack Obama**, Ex-Präsident

bis dahin wahrscheinlich lautesten Beifall des gesamten Parteitags. Ihre und die Rede ihres Ehemanns markierten den Abschluss eines stimmungsgeladenen Abends. Der obligatorische Roll Call, bei dem alle 50 US-Bundesstaaten, der District of Columbia und fünf US-amerikanische Territorien wie Guam oder Puerto Rico offiziell ihre Stimmen für die Nominierung der Kandidaten für Präsident und Vizepräsident verge-

ben, war eine musikalische Rundreise. Für das Highlight sorgte der Rapper Lil Jon. Die Delegierten tanzten, jubelten und stachelten sich gegenseitig an, als sie ihre Stimmen verteilten.

Harris selbst befand sich zur gleichen Zeit etwa 150 Kilometer weiter nördlich in Milwaukee, Wisconsin. Sie gab dort eine Kundgebung in derselben Arena, in der vor mehr als einem Monat Trump die Nominierung als Präsidentschaftskandidat der Republikaner annahm. Sie bedankte sich per Liveschaltel bei den Delegierten in Chicago für die Nominierung, die allerdings schon vor ein paar Wochen offiziell wurde.

Am Mittwoch soll neben Vizekandidat Tim Walz auch Ex-Präsident Bill Clinton auf der Bühne sprechen. Den großen Abschluss am Donnerstag will dann Harris selbst geben.

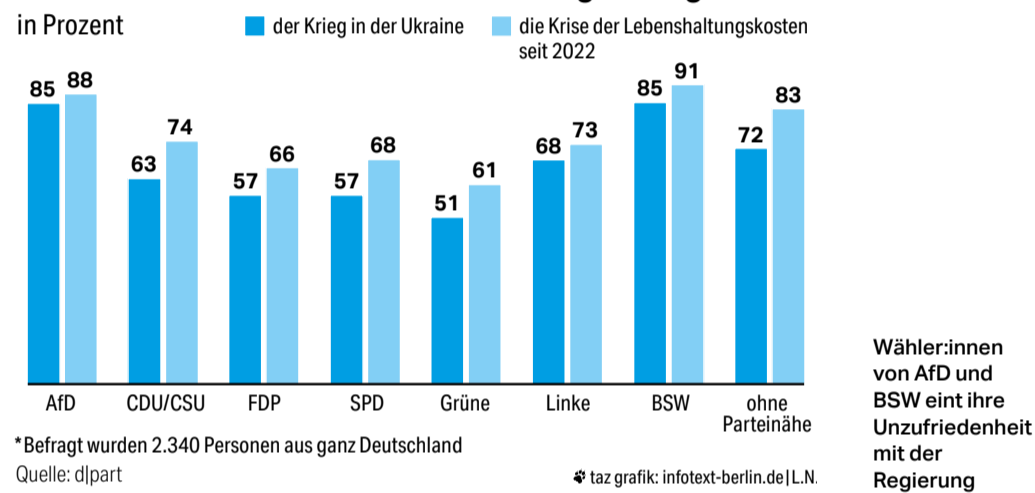
Der Höhenflug der Vizepräsidentin geht also vorerst weiter. Wie US-Medien übereinstimmend berichteten, hat Harris während des vergangenen Monats Spendengelder in Höhe von mehr als 500 Millionen US-Dollar für ihren Wahlkampf eingesammelt.

## Alles auf Sahra

Seit sieben Monaten mischt das Bündnis Sahra Wagenknecht die Parteienlandschaft in Deutschland auf – vor allem im Osten. Dabei ist noch ziemlich unklar, wo die Partei eigentlich hinwill und was sie von der AfD unterscheidet. Wer gibt ihr trotzdem die Stimme? Ein Besuch an zwei Wahlkampfständen

Aus Chemnitz und Gotha **David Muschenich**

### Unzufriedenheit mit der Bundesregierung



Der Stand ist noch nicht fertig aufgebaut, da warten schon die ersten darauf, mit den Wahlkämpfer:innen des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) ins Gespräch zu kommen. Es ist Donnerstag, 11 Uhr, Anfang August. In einem Monat wählen die Menschen in Sachsen einen neuen Landtag und auf dem Markt in Chemnitz ist schon einiges los. Ein Mann mit Mütze und Brille beobachtet interessiert, wie unter dem weißen Pavillon orangefarbene Flyer auf dem Tisch landen. Noch haben die Wahlkampfhelder:innen keine Zeit für ihn, aber er wartet – obwohl er das BSW gar nicht wählen will.

Sahra Wagenknecht, sagt der Mann, sei schon kompetent, aber immer noch in der falschen Partei. Welche wäre denn passender? „Nu ja“, antwortet er ausweichend. Vielleicht eine blaue Partei? „Genau“, sagt der Mann und schaut wieder zum Stand. Seinen Namen will er nicht sagen. Von der anderen Straßenseite zieht der Geruch von Bratwürsten herüber, aus dem Rathaus ertönt ein Glockenspiel.

Das BSW fasziniert auch Leute, die es nicht mögen. Frisch gegründet und auferstanden aus den Ruinen der Linken ziehen das Bündnis Sahra Wagenknecht und seine guten Umfragewerte vor den Landtagswahlen viel Aufmerksamkeit auf sich. Laut den Umfragen steht das BSW in Sachsen bei 13 Prozent, in Brandenburg bei 17, in Thüringen sogar bei 19. Bisher blieb unscharf, was die Partei genau will und wer bei den Landesverbänden wirklich entscheidet. Die meisten Kandidat:innen auf den Listen sind politische Neulinge und unbekannt. Die CDU spricht von einer Blackbox.

Trotzdem: Anders als bei der AfD und der Linken hat die CDU eine Koalition mit dem BSW nicht offiziell ausgeschlossen. Das Bündnis wäre also ein möglicher Regierungspartner für die CDU. Michael Kretschmer und Mario Voigt, die CDU-Landesvorsitzenden in Sachsen und Thüringen, schließen das nicht aus. Auch der Thüringer SPD-Spitzenkandidat Georg Maier sieht sich bereit für eine mögliche Koalition. „Ich sehe eine realistische Chance für ein Bündnis aus CDU, SPD und BSW“, sagt Maier am Dienstag dieser Woche der Welt. Die Grünen sind da wesentlich skeptischer: Katja Meier, Spitzenkandidatin der Grünen in Sachsen, nennt das BSW „Kreml-Truppe“. Madeleine Henfling, Spitzenkandidatin der Grünen in Thüringen, findet, „das BSW ist keine Partei, sondern geht schon nah an eine Sekte ran“.

Doch wer sind eigentlich die Menschen, die BSW wählen?

Neben dem Stand am Chemnitzer Markt zieht ein Mann an einer E-Zigarette und hört aufmerksam zu, wie eine Wahlkämpferin für das BSW

wirbt. Der 45-jährige kommt aus Chemnitz, seinen Namen möchte er nicht nennen. Dass auf den meisten Plakaten Sahra Wagenknecht zu sehen ist, findet er verschmerzbar. „Das ist doch gutes Marketing“, sagt er und grinst. Auch ihn habe vor allem die Bundesvorsitzende überzeugt. Wenn er zu Hause Talkshows schaue, empfinde er Sahra Wagenknecht als „Stimme der Vernunft“, zum Beispiel wenn es um den Krieg in der Ukraine gehe. „Nicht, weil ich die Meinung vertrete, dass man Putin in irgendeiner Form recht geben muss. Aber die momentane Politik der Regierung ist falsch.“ Es brauche diplomatische Lösungen – die würden derzeit ausgeschlossen, sagt er.

Doch ganz überzeugt vom BSW ist er noch nicht. In der Steuerpolitik vertrete das BSW zu linke Positionen. Vermögen und Firmen stärker besteuern, „da glaube ich nicht, dass das funktioniert. Die Firmen wandern doch ab.“ Er zieht noch mal an der E-Zigarette und geht weiter.

Am weißen BSW-Pavillon hängen neben den Plakaten von Sahra Wagenknecht auch welche der sächsischen Spitzenkandidatin Sabine Zimmermann. Vor einem davon bleibt eine Frau stehen und schaut es grübelnd an. Sie sei während des Zweiten Weltkriegs in Chemnitz geboren und lebe bis heute in der drittgrößten Stadt Sachsens. Wie sie heiße? Das möchte sie nicht sagen. Aber was sie bislang gewählt habe: CDU. Bei der nächsten Wahl jedoch – da sei sie noch unsicher. Damit ist sie nicht allein. Auch wenn die Landtagswahl in Sachsen kurz bevorsteht und das BSW gut dasteht: laut dem Politbarometer des ZDF von Anfang August wissen in Sachsen 33 Prozent noch nicht, ob und wen sie wählen werden. In Thüringen sind es sogar 40 Prozent.

Ihr Mann wähle aber bereits das BSW, sagt die Chemnitzerin. „Die haben sich ja allerhand vorgenommen und verbreiten große Hoffnung“, sagt sie und schaut wieder Sabine Zimmermann auf dem Plakat an. Hoffnung worauf? „Die Sachsen hoffen auf Gleichheit mit dem Westen. Da sind die Löhne und so viele Sachen, wo wir immer noch ein bisschen hintendran stehen“, erklärt sie.

Solche Argumente hören Torsten Schmidt und Juliana Klepzig häufig. Sie betreuen an diesem Donnerstag den Wahlkampfstand in der Chemnitzer Innenstadt. Beide tragen heute Weiß, die Farbe des Friedens. Reiner Zufall, sagt Schmidt. Hinter dem Pavillon pustet er orange Luftballons mit Gas auf. Schmidt ist Ende fünfzig und war eins der ersten Mitglieder des BSW in Sachsen. Er ist von der Linken dorthin gewechselt. Im Juni wurde er für das BSW in den Chemnitzer Stadtrat gewählt, für die Landtagswahl tritt er nicht an.

Juliana Klepzig, seine Standkollegin, ist 18 Jahre alt und kommt aus der Nähe von Leipzig. Sie ist

kein BSW-Mitglied und engagiert sich trotzdem für das Bündnis, weil sie Sahra Wagenknecht faszinierend findet, sagt sie. Wagenknechts Buch „Die Selbstgerechten“ habe sie begeistert, mutig sei es gewesen. Wagenknecht spreche ihr „aus dem Herzen“, sagt Klepzig – in der Sozialpolitik, beim Thema Frieden, bei ihrer Kritik an der identitätspolitischen Linken, die sich von der breiten Bevölkerung entfremde. Darum hilft Klepzig in ihrer Freizeit dem BSW beim Wahlkampf, hängt Plakate auf, wirft Flyer in Briefkästen und kümmert sich mit um den Social-Media-Auftritt.

Das BSW stehe für ein „friedliches Sachsen“, heißt es in der Broschüre, für Friedensverhandlungen im Krieg in der Ukraine. Dabei seien die „Sicherheitsinteressen aller Seiten“ zu respektieren – auch die Russlands. In Sachsen wolle das BSW zudem einen Mindestlohn von 14 Euro durchsetzen und Renten bis 2.000 Euro von der Steuer befreien. Die „unkontrollierte Migration“ solle mit dem BSW gestoppt werden – allerdings „ohne Diskriminierung und Rassismus“, heißt es im Flyer. Auch gegen die „Ausländerkriminalität“ hat das BSW ein Mittel: „Wer sich nicht an Recht und Ge-

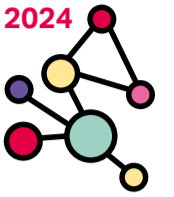


BSW-Spitzenkandidatin in Sachsen Sabine Zimmermann Foto: David Muschenich

Auf den Flyern, die Klepzig am Wahlkampfstand verteilt, ist die Bundesvorsitzende Sahra Wagenknecht abgedruckt. Sie tritt bei der Landtagswahl in Sachsen gar nicht selbst an, trotzdem warnt sie gleich auf der ersten Seite des Flyers vor der „undurchdachten Politik“, die das Land ruiniere. Eine starke BSW-Fraktion in Sachsen wäre auch ein „klares Signal nach Berlin“. Mit der Wut auf die Ampelkoalition trifft sie das Gefühl vieler Menschen in Sachsen. SPD, Grüne und FDP kommen laut Umfragen dort zusammen gerade einmal auf 12 Prozent. Gut möglich, dass keine der drei Parteien nach der Wahl noch im sächsischen Landtag vertreten sein wird.

Das weiß auch Neele Eilers. Sie forscht mit ihrem Team von dem gemeinnützigen Thinktank djpart zur Unzufriedenheit und den Zukunftssorgen in Deutschland. Dafür befragten sie zwi-





Dieser Text ist Teil unserer Berichterstattung zu den Wahlen 2024 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Die taz zeigt, was hier in diesem Jahr auf dem Spiel steht.

Alle Texte dazu finden sie auf taz.de und hier:



Wagenknecht, umringt von Fans am Montag dieser Woche in Eisenach  
Foto: Sascha Fromm/imag



schen April und Mai in einer repräsentativen Studie 2.340 Personen in der Bundesrepublik. Die BSW-Sympathisant:innen sind demnach vor allem Menschen mit einem durchschnittlichen Bildungsabschluss und Haushaltseinkommen. „Obwohl sie eigentlich im Mittelfeld der Einkommen liegen, fühlen sie sich aber öfter der Unterschicht zugehörig und schätzen ihre finanzielle Lage als instabil ein. Sie fühlen sich finanziell unter Druck“, sagt Eilers.

Laut der Studie hadern die BSW-Sympathisant:innen zudem mit der aktuellen Politik in Deutschland – fast genauso wie die Unterstützer:innen der AfD. Aus beiden Lagern geben 85 Prozent an, sie seien unzufrieden damit, wie die Bundesregierung den Krieg in der Ukraine handhabt. Bei den anderen Parteien sind es weniger: 50 bis 70 Prozent. Ähnlich sieht es bei der Frage nach der sogenannten Migrationskrise von 2015 und 2016 aus: Bei der AfD sind 85 Prozent unzufrieden, beim BSW 81 Prozent. Oder bei der Krise der Lebenshaltungskosten: Die bewerten 88 Prozent der AfD-Anhänger:innen als gravierend, 91 Prozent der BSW-Anhänger:innen.

Besonders überrascht habe die Sozialforscherin Neele Eilers aber, „wie hoch die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen bei BSW-Sympathisierenden war“. In der Studie hatte d|part zum Beispiel gefragt, wie man zu der Aussage stehe: „Die meisten Flüchtlinge kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“ Rund 80 Prozent der BSW-Anhänger:innen stimmten zu, lediglich bei der AfD waren es mehr. Ähnlich bei dem Satz: „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.“ Dem stimmten 67 Prozent der BSW-Sympathisant:innen zu, 87 Prozent der AfD.

Sind die Wähler:innen des BSW also rechte Protestwähler:innen? Ähnlich wie bei der AfD?

Nein, so einfach sei das nicht, widerspricht Eilers. Sie würde nicht von einer Protestwahl sprechen. „Auch bei der AfD nicht. Inhaltliche und ideologische Aspekte spielen eine große Rolle für die Sympathie. Beim BSW etwa soziale und wirtschaftliche Forderungen.“ Und bei denen seien die Unterschiede zwischen der AfD und dem BSW am deutlichsten: In wirtschaftlichen Belangen weise das BSW-Lager eher sozialstaatliche und staatsinterventionistische Tendenzen auf. Sie glauben zum Beispiel seltener, dass Sozialhilfe von der Arbeit abhalte.

Etwa 150 Kilometer westlich von Chemnitz stellt eine Woche später Harald Pestel in Gotha einen anderen BSW-Stand auf. Wieder ist es Donnerstag, 11 Uhr. Noch drei Wochen bis zur Wahl. Auch Thüringen wählt am 1. September einen neuen Landtag. Pestel beschwert mit ein paar Gummibärchen

die BSW-Flyer auf dem Infotisch, klatscht in die Hände und lacht. „So, dann kann es ja losgehen.“ Noch ist der 85-Jährige allein am Stand vor dem Telekom-Laden am Neumarkt, später wird er Unterstützung bekommen. Pestel ist kein Parteimitglied und wirbt in seiner Freizeit für das BSW. Aus Überzeugung, wie er sagt. Und, das ist ihm wichtig: Was er sagt, ist nur seine eigene Meinung. Er spricht nicht im Namen des BSW.

Mit einer Handvoll Flyer stellt sich Pestel mitten in die Fußgängerzone. In Gotha ist viel weniger los als in Chemnitz. In der alten Thüringer Residenzstadt leben fünfmal weniger Einwohner:innen: rund 45.000 statt 250.000. Pestel zieht einen Flyer aus seinem Bündel und geht schnellen Schrittes auf eine Frau zu. „Hier, den habe ich heute Morgen extra für Sie eingepackt“, begrüßt Pestel sie lächelnd und hält ihr den Flyer hin. Sie nimmt ihn, geht aber ungebremst weiter Richtung Markt. Ein älterer Mann, dem Pestel als nächstes einen Flyer anbietet, lehnt wirsch ab. Pestel zuckt mit den Schultern. „Langsam sind die Leute ein bisschen überfüttert“, glaubt er.

Pestel sagt von sich, er sei schon immer links eingestellt gewesen. „Ich habe was dagegen, wenn die Reichen immer reicher werden und die Armen ärmer.“ Das sei einer der Gründe, weshalb der Rentner sich beim BSW engagiere. Schon 2018, als Sahra Wagenknecht die Bewegung Aufstehen ins Leben rief, war er dabei.

Als nächstes bleibt ein Mann im weißen Trikot des Fußballvereins Liverpool am Stand stehen. Thomas Schäddel ist 64 Jahre alt. Er hat 46 Jahre lang gearbeitet, bekommt aber nur eine Rente von knapp über 1.000 Euro. Er war lange im Niedriglohnsektor tätig und konnte nur wenig in die Rentenkasse einzahlen, erzählt er. Mit dem BSW stimme er in der Migrationsfrage und beim Krieg in der Ukraine überein. Wirklich wichtig sei für ihn jedoch die Sozialpolitik. „Aber dass das BSW mit der CDU koalieren könnte, das bereitet mir Bauchschmerzen“, sagt Schäddel und seufzt. „Von der CDU halte ich nicht viel.“ Die AfD wolle er aber auch nicht wählen. „Die sind zu radikal und populistisch und machen ja auch nichts für den kleinen Mann“, erklärt Schäddel.

Ob es wirklich die Sozialpolitik ist, die Wähler:innen zum BSW treibt, ist fraglich. Eine im Juni veröffentlichte Studie der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) ergab, dass die Wähler:innen des BSW sich eher durchschnittlich für einen Ausbau der Sozialpolitik aussprechen. Bei den Wähler:innen der Linken und der SPD ist der Wunsch nach mehr Sozialpolitik, auch wenn das mit höheren Steuern einhergeht, stärker ausgeprägt. Die KAS-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass für rund die Hälfte der Wähler:innen das

„gute Personal“ der Partei ein Wahlgrund ist. „Angesichts der zentralen Bedeutung, die Sahra Wagenknecht für die Partei hat, ist dieser hohe Wert nicht überraschend“, schreiben die Autor:innen.

Auch in Gotha ist die Bundesvorsitzende quasi omnipräsent: Auf den Flyern, auf dem Werbetisch, auf der kleinen Flagge daneben. 600 Plakate mit Sahra Wagenknecht hätten sie in der Stadt aufgehängt, erzählt Pestel. Dagegen nur 200 mit den Thüringer Spitzenkandidat:innen Katja Wolf, Steffen Schütz und Steffen Quasebarth. Aber Wagenknecht kennt man eben.

Es ist etwa 12 Uhr, als ein Mann in schnellem Schritt und mit großen Gesten auf den Wahlkampfstand und Harald Pestel zuläuft. „Ist eure Anführerin da?“, fragt er provozierend. Pestel versucht es beruhigend: Nein, heute nicht. „Die hat

## In Gotha hängen 600 Plakate mit dem Gesicht von Sahra Wagenknecht, 200 mit den drei lokalen Spitzenleuten. BSW-Wähler:innen überzeugt vor allem das „gute Personal“, zeigt eine Studie

sich ja immer nur nach oben gebuckelt und gefickt“, ruft der Mann. Pestel dreht sich weg und schüttelt den Kopf. „Was soll ich da noch sagen?“

Zurück nach Chemnitz. Auch da ist die Parteichefin Ziel von Anfeindungen. Ein Mann mit Fahrrad ruft, Sahra Wagenknecht sei eine Kommunistin. Bis 2010 gehörte sie innerhalb der Linkspartei zur Kommunistischen Plattform. Auf den Versuch hin, ihn zu besänftigen, wird er noch lauter. „Kommunistenpack! Kommunistin bleibt Kommunistin. Ihr habt auf die Leute geschossen!“ Dabei zeigt er mit dem Finger auf die Wahlkämpfer:innen. Torsten Schmidt geht auf ihn zu, die beiden reden ein paar Minuten in ruhigem Ton. Später sagt Schmidt, er habe den Fahrradfahrer um Verständnis dafür gebeten, dass sich Menschen ändern können. Er solle dem BSW eine Chance geben. Das hat offenbar funktioniert, zumindest beruhigt sich der Mann und zieht weiter. Unter dem Pavillon spricht derweil Wahlkämpferin Juliana

Klepzig mit dem Interessenten Bernhard Blüthner. Der 54-Jährige möchte gerne in die Wagenknecht-Partei. Blüthner hat schon bei den letzten Wahlen für das BSW gestimmt und will es bei der Landtagswahl wieder tun. Früher, da hat er mal CDU gewählt, sagt er, zuletzt Angela Merkel und davor Helmut Kohl. Aber mittlerweile sieht er das anders. „Die CDU denkt nie an den kleinen Bürger: Keine Sozialwohnungen, keine gescheite Rente, Grundsicherung oder Bürgergeld.“ Darum sei er froh, dass nun Sahra Wagenknecht eine Partei gegründet habe. „Warum hat sie das nicht schon früher gemacht?“, fragt er und lacht.

Aber trotz seiner Begeisterung: Bernhard Blüthner könne nicht Mitglied werden, erklärt Juliana Klepzig. Mehr könne sie nicht sagen, sie sei selbst noch kein Mitglied und nur ehrenamtlich dabei. Blüthner sieht enttäuscht aus, will aber weiterhin das BSW wählen.

Aber warum nimmt das BSW derzeit keine neuen Mitglieder auf? Dazu erzählt wenig später am Stand die sächsische Landesvorsitzende Sabine Zimmermann eine Anekdote. Die 63-Jährige hat den Landesverband in Sachsen aufgebaut und dabei alle 71 bisherigen Mitglieder in persönlichen Gesprächen kennengelernt. Die Idee dahinter: Trittbrettfahrer rausfischen. Und im Januar, da habe sie so einen erwischt. Mit Perücke und falschem Namen habe ein AfD-Politiker versucht, sich ins BSW einzuschleusen. Das sei aber aufgefliegen, erzählt Zimmermann. Die Regionalzeitung *Freies Wort* berichtete über den Fall.

Das BSW in Gotha hat da noch ganz anderes erlebt. Bei der Kommunalwahl im Mai hatte das BSW sechs Plätze im Stadtrat ergattert. Doch schon bei der konstituierenden Sitzung waren zwei der gewählten Mitglieder vom BSW zur Wertunion des früheren Verfassungsschutzchefs und CDU-Politikers Hans-Georg Maaßen gewechselt. Das soll nach den Landtagswahlen auf keinen Fall passieren. Darum prüfe die Partei sorgsam, wen sie aufnehme, und hoffe, dass alle dabei bleiben, heißt es in Thüringen.

Das hofft auch Sabine Zimmermann. Um kurz vor 14 Uhr verteilt sie am Stand in Chemnitz Flyer. Die Sonne scheint, aber es ist nicht brennend heiß. „Wenn Sie Veränderung wollen, müssen Sie BSW wählen“, sagt Zimmermann routiniert und streckt einer Frau mit Kinderwagen einen orangefarbenen Flyer entgegen. Die nimmt ihn an und bleibt stehen. „Das kann ja so nicht weitergehen“, fährt Zimmermann fort, „und ich bin die Spitzenkandidatin.“ Die Frau nickt und liest vom Logo ab: „Aha, und Sie heißen Sahra Wagenknecht?“ Zimmermann schaut verdutzt. „Nein“, sagt sie und zeigt auf ein Plakat mit ihrem Gesicht und ihrem Namen. „Ich bin Sabine Zimmermann.“

## verteidigungswetter

Die deutsche Sicherheit wird ab sofort wieder verstärkt an Harz, Eifel und Alb verteidigt. Nach den Zwischenfällen an mehreren Kasernen vergangene Woche hat die Bundeswehr die Sicherheitsvorkehrungen hochgefahren. Am Mittwoch teilte eine Sprecherin des Territorialen Führungskommandos mit, dass die Bundeswehr ihre nächtliche Streifen und weitere Kontrollen ausgeweitet habe. Die Sicherheitsstufe sei aber nicht hochgestuft worden. Das Wetter am Hindukusch: trocken.



## Haftstrafen für Bombenduo

Ein rechtsextremes Pärchen hatte das Linkenbüro in Oberhausen per Sprengsatz verwüstet

Aus Duisburg **David Bieber**

Zwei Rechtsextreme aus Oberhausen sind am Dienstag zu Freiheitsstrafen von bis zu drei Jahren und vier Monaten vor dem Landgericht Duisburg verurteilt worden. Das polizeibekanntes Duo hatte im Juli 2022 einen Sprengstoffanschlag auf das damalige Zentrum der Partei Die Linke in der Innenstadt von Oberhausen verübt und dieses komplett zerstört. Glücklicherweise kam bei der nächtlichen Sprengung niemand zu Schaden.

Nach der Tat wurde schnell ein politisches Motiv vermutet. Denn bereits 2020 hatte es zwei kleinere Anschläge auf das Linkenzentrum gegeben. Bei dem Anschlag im Juli 2022 entstand bei der Linken schließlich ein Sachschaden von 6.000 Euro. Auch angrenzende Geschäfte wurden damals in Mitleidenschaft gezogen.

Während die Ermittlungen von der Staatsanwaltschaft Duisburg zwischenzeitlich bereits mangels Hinweisen auf konkrete Täter eingestellt wurden, steht jetzt ein Urteil des Landgerichts Duisburg an. Und das nur, weil die Polizei durch einen Zufall bei einer anderen Ermittlung dem Pärchen auf die Schliche gekommen war.

Die Linke Oberhausen hatte zuvor immer wieder einen fehlenden Ermittlungswillen der Staatsanwaltschaft kritisiert. Für sie war schnell klar, dass der Anschlag rechtsextrem motiviert gewesen sein musste.

Der Hauptangeklagte Thomas L. wurde nun zu drei Jahren und vier Monaten Freiheitsstrafe wegen der Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion mit Sachschaden verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte drei Jahre und elf Monate gefordert. Das Gericht minderte die Strafe um sieben Monate und setzt obendrein den Haftbefehl außer Vollzug.

Der nun verurteilte Thomas L. saß von seiner Festnahme im Februar dieses Jahres bis zum Urteilstag in Untersuchungshaft. Das Landgericht bezeichnete Thomas L. als Rechtsextremen, der „gewaltsam seinem politischen Gegner Schaden hinzufügen wollte“.

Die Beweise aus einer polizeilichen IT-Datenauswertung untermauerten diese Einschätzung. Auf dem Mobilfunktelefon und den Festplatten des Verurteilten wurde nicht nur eindeutiges NS-Material gefunden, sondern auch Internetlinks und Handbücher für den Bau von Rohrbomben und chemischen Waffen. Wer letztlich den Sprengsatz baute, der bei der Tat auf das Linkenbüro verwendet wurde, blieb unklar.

Die Freundin von Thomas L., Nina S., wurde, wie von der Staatsanwaltschaft gefordert, zu zwei Jahren und zwei Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Das Gericht sah bei Nina S. eindeutig eine Mittäterschaft als erwiesen an, die auch nicht durch ihr Geständnis gemindert werde – und auch nicht dadurch, dass sie sich angeblich in Haft gut führe und an einem Aussteigerprogramm teilnehme.

Bis zum Antritt der Haftstrafe setzte das Landgericht Duisburg Thomas L. und Nina S. auf freien Fuß. Die Linke Oberhausen blickt deshalb mit gemischten Gefühlen auf die juristische Entscheidung. Gegenüber der taz begrüßte sie zwar, dass es „endlich ein Urteil“ gebe. Es sei aber „befremdlich“, dass zwei bekannte Neonazis nun erst mal „einfach nach Hause“ gehen dürften.

## Malsack-Winkemanns große Endlosschleife

Die AfD-Politikerin ist die erste Angeklagte im Frankfurter Reichsbürger-Prozess, die sich zu den Putschvorwürfen äußert. Nach vier Prozesstagen bleiben viele Fragen weiter offen



Eskorte für die angeklagte AfD-Politikerin Birgit Malsack-Winkemann  
Foto: Boris Roessler/dpa

Aus Frankfurt am Main **Joachim F. Tornau**

Birgit Malsack-Winkemann fühlt sich schlecht behandelt. Von der Bundesanwaltschaft, die die ehemalige AfD-Bundestagsabgeordnete wegen Terrorismus und Hochverrats angeklagt hat. Von ihren Mitangeklagten, mit denen die 60-Jährige den bewaffneten Umsturz in Deutschland vorbereitet haben soll, und die nun schlecht über sie geredet hätten. Nur einen nimmt Malsack-Winkemann aus: den als Rädelführer des mutmaßlichen Reichsbürger-Putschplans angeklagten Heinrich XIII. Prinz Reuß. „Der Prinz und ich waren uns einig, dass ...“: So oder so ähnlich fangen viele Sätze der AfD-Politikerin vor dem Oberlandesgericht in Frankfurt am Main an.

In dem Prozess gegen die mutmaßliche Führungsriege der Patriotischen Union und den Frankfurter Immobilienunternehmer lässt sich Mal-

sack-Winkemann als Erste der neun Angeklagten zu den Anklagevorwürfen ein. Seit nunmehr vier Verhandlungstagen hält sie einen Monolog, ungeordnet, voller Wiederholungen, eine große Endlosschleife. Bevor sie damit begann, beklagte sie sich bitter, dass das Verfahren so langsam vorangehe. Es sollte nicht die einzige Widersprüchlichkeit bleiben.

Reuß sei gar kein Reichsbürger, behauptet Malsack-Winkemann. „Es ging dem Prinzen wie mir um die Souveränität.“ Genau das ist jedoch ein zentrales Narrativ der Reichsbürger-Ideologie: dass Deutschland nicht souverän, sondern fremdbeherrscht sei. Nie, beteuert die Angeklagte, sei in ihrer Gegenwart über einen Umsturz, einen Angriff auf den Bundestag oder den Aufbau von bewaffneten „Heimatschutzkompanien“ geredet worden. Für Reuß wie für sie habe alles nach Gesetz und Recht ablaufen sollen, sagt Malsack-Winkemann.

„Revolutionen sind so ziemlich das Letzte, wozu man jemanden aus dem Hochadel bringen könnte.“ Zugleich jedoch spricht sie mit größter Selbstverständlichkeit von einem „Systemwechsel“ und von den dafür „erforderlichen Gewaltmaßnahmen“. Von „Militärgerichten“ und einem großen „Aufräumen“ bis hinunter

„Es ging dem Prinzen wie mir um die Souveränität“

Birgit Malsack-Winkemann, Angeklagte

in die Rathäuser. Nur habe das nicht die Aufgabe ihrer Gruppe sein sollen, sondern allein der Allianz – einer mächtigen Geheimarmee, erfunden vom antisemitischen QAnon-Verschwörungsglauben, an deren baldiges weltweites Losschlagen

Malsack-Winkemann offenbar fest geglaubt hat.

Dieser Allianz, sagt die Angeklagte, hätten sie sich andienen wollen für den Neuaufbau Deutschlands nach einer zweijährigen Militärherrschaft. Ohne von diesem mysteriösen Militärbündnis mit seinen angeblich Millionen von Soldaten offiziell akzeptiert zu sein, hätten jedenfalls sie und Reuß nicht aktiv werden wollen. „Dafür bin ich zu lange im öffentlichen Dienst“, erklärt Malsack-Winkemann. „Da macht man nichts, wenn man nicht zuständig ist.“

Die promovierte Juristin, die jahrelang als Richterin am Berliner Landgericht gearbeitet hat, gefällt sich in der Selbstdarstellung. Stolz brüstet sie sich damit, einen vermeintlichen Verbindungsoffizier zur Allianz als Hochstapler durchschaut zu haben. Ernsthafte Zweifel an der Existenz der herbeifantasierten Armee aber scheint sie bis zuletzt nicht gehabt zu haben. Schließlich sei davon in den mehr als 50 Telegramm-Kanälen, die sie aus Unzufriedenheit mit der „Einseitigkeit“ der etablierten Medien verfolgt habe, überall die Rede gewesen: „Inhaltlich sagten sie alle dasselbe.“

Vieles, was Malsack-Winkemann sagt, provoziert mehr Fragen als es Antworten gibt. Manchmal aber hat sie durchaus einen Punkt. Inwiefern sich von einer „terroristischen Vereinigung“ sprechen lässt, wenn sich ihre Mitglieder zu guten Teilen gar nicht kannten oder diese nicht unbedingt am selben Strang zogen: Damit wird sich das Gericht in der Tat beschäftigen müssen. Und wahrscheinlich hat die Bundesanwaltschaft wirklich den einen oder anderen Fehler gemacht, als sie das Ermittlungsergebnis auf mehr als 500 Seiten mit fast 3.500 Fußnoten zusammenfasste.

Man muss dahinter nicht „Arglist“ und „Manipulation“ vermuten, wie die AfDlerin das tut. Aber eine gewisse Schludrigkeit der Anklagebehörde könnte schon daraus sprechen. In der kommenden Woche redet Birgit Malsack-Winkemann weiter. Und weiter.

## Die Zweifel der Richter:innen

Im Februar entscheidet sich vor Gericht, ob „Compact“ von verfassungsfeindlichen Inhalten geprägt ist

Von **Christian Rath**

Das Bundesverwaltungsgericht wird am 12. Februar über das Verbot des rechtsextremistischen Magazins Compact verhandeln. Das Leipziger Gericht hatte das Verbot vorige Woche in einem Eilbeschluss ausgesetzt. Inzwischen liegt die Begründung hierzu vor.

Innenministerin Nancy Faeser (SPD) hatte die Compact Verlags GmbH am 16. Juli verboten, weil sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richte. Sie verhängte ein Verbot nach dem Vereinsgesetz. Dagegen hatte die GmbH geklagt und einen Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz gestellt. Am 14. August gab das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig dem Eilantrag statt und setzte das Verbot vorläufig aus.

Allerdings hatten die Leipziger Richter:innen keine Bedenken, das Vereinsgesetz auf ein Pressemedium anzuwenden. Vielmehr sei noch zweifelhaft, ob sich der Compact-Verlag wirklich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richte – also gegen Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat.

Zwar stellten die Richter:innen durchaus fest, dass Compact Inhalte enthält, die die Menschenwürde verletzen. So würden eingebürgerte Deutsche nicht als gleichberechtigte Staatsbürger anerkannt, sondern als „Paßdeutsche“ abgewertet. Propagiert würden auch die Pläne des österreichischen Rechtsextremisten Martin Sellner, der „nicht-assimilierte“ eingebürgerte Deutsche aus Deutschland verdrängen möchte, etwa indem die Religi-

ons- und Versammlungsfreiheit von Muslimen eingeschränkt wird. Außerdem würden Ausländer in Compact generell „verächtlich“ gemacht, indem ihnen „pauschal negative Eigenschaften“ und ein Hang zur Kriminalität unterstellt werden.

Das Bundesverwaltungsgericht hat jedoch noch „Zweifel“, ob diese Inhalte für die Compact Verlags GmbH „prägend“ seien. Schließlich enthalte Compact auch andere Inhalte, die „in weiten Teilen nicht zu beanstanden“ seien, etwa Filmkritiken, Buchbesprechungen, Porträts, Berichte über Sportereignisse und archäologische Ausgrabungen. Eine Prägung werde dabei nicht quantitativ festgestellt, sondern „wertend“, so die Richter:innen, erforderlich sei ein „Gesamtbild“. Diese Gesamtbetrachtung nimmt das

Gericht in seinem Eilbeschluss aber nicht vor, sie wird wohl im Hauptsacheverfahren erfolgen.

Das Gericht führte angesichts der „offenen“ Erfolgsaussichten der Klage eine „Interessensabwägung“ durch, bei der die Pressefreiheit Vorrang vor dem Interesse der Allgemeinheit an einem sofortigen Vollzug des Verbots erhielt. Compact kann bis zur mündlichen Verhandlung am 12. Februar wieder erscheinen. Diese könnte komplex werden, das Gericht hat sich vorsorglich auch den 13. und 14. Februar freigehalten. Geprüft wird, ob die Verbotsverfügung zum Zeitpunkt Mitte Juli 2024 rechtmäßig war. Das Innenministerium kann seine Argumentation noch nachbessern und darf hierzu auch Dateien und Gegenstände auswerten, die im Juli beschlagnahmt wurden.

# Mit grünem Antifaschismus zurück zu alter Stärke?

Die Grünen wollen in Sachsen weiterregieren. Bei den aktuellen Umfragen ist allerdings nicht sicher, ob sie es überhaupt in den Landtag schaffen. Unterwegs mit Spitzenkandidatin Katja Meier

Aus Leipzig David Muschenich

Das Publikum klatscht kurz, als Katja Meier, die Spitzenkandidatin der Grünen, auf der Bühne beim Wahlforum in Dresden sagt: „Ich will, dass sich die Menschen in Sachsen sicher fühlen, und die größte Herausforderung ist hierbei der Rechtsextremismus.“ Es ist Donnerstagabend Anfang August und die großen Regionalzeitungen in Sachsen haben Spitzenkandidat:innen der Parteien auf die Bühne gebeten.

Nach anderthalb Stunden Rampenlicht sollen nun alle in 60 Sekunden ihre Position zur inneren Sicherheit in Sachsen darlegen. Auffällig: Es geht um Polizei, Migration, Überwachungskameras – aber nur Katja Meier nennt den Rechtsextremismus beim Namen. Später sagt sie: „Das hat mich auch überrascht.“ Zumindest von den Linken habe sie das erwartet.

Katja Meier ist seit fast fünf Jahren Sachsens Ministerin für Justiz, Demokratie, Gleichstellung und Europa. Es passt, dass sie nun als eine von drei Spitzenkandidat:innen der Grünen das Thema anspricht. Es ist eins der zentralen Themen, mit denen die Grünen um Stimmen für die Landtagswahl am 1. September werben. Schwerpunkte in ihrem Wahlkampf sind auch Bildung und Wirtschaft. Derzeit stehen sie in den Umfragen bei sechs Prozent. Aber welches Wahlergebnis wünscht sich Meier? „Dass wir weiter in der Koalition regieren können, um uns dabei für den Klimaschutz und den Kampf gegen Rechtsextremismus einzusetzen“, sagt sie. Also weiter mit CDU und SPD, obwohl dort vor allem Konflikte die vergangenen Monate prägten.

Seit dem 20. Dezember 2019 regieren die drei Parteien in Sachsen. Spätestens seit der Bundestagswahl zwei Jahre später kritisiert CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer eigentlich niemanden lieber als die Grünen – ob in Sachsen oder in der Bundesregierung. Sie seien

ideologisch, hätten die Wirtschaft nicht im Blick, die Koalition im Freistaat mit ihnen sei schwierig. Nach der Wahl würde Kretschmer lieber ohne sie regieren.

Jetzt, im Wahlkampf, kritisiert Katja Meier wacker zurück: den Politikstil der CDU, wie die Konservativen das Thema Migration nutzen und dass sie in den vergangenen 34 Jahren als Regierungspartei in Sachsen versäumt hätten, den Menschen die Demokratie näherzubringen. Warum will sie dann weiter mit Kretschmer regieren? „Trotz der Querelen konnten wir viel für Klimaschutz, Gleichstellung und Bildung durchsetzen“, erklärt Meier. Und was sie nun angefangen habe, wolle sie auch zu Ende bringen.

Gleichzeitig kam im ersten Halbjahr 2024 nur ein einziges Windrad in Sachsen hinzu. Anfang des Jahres scheiterte die Verfassungsreform der Koalitionsparteien, mit der unter anderem Klimaschutz in Sachsen gesichert werden sollte. In den vergangenen Wochen demonstrierten Neonazis in Sachsen selbstbewusst und zahlreich wie lange nicht.

Doch das zeige nur, wie notwendig eine demokratische Regierung sei, an der sich die Grünen beteiligen. „Ohne uns würde es viele Maßnahmen wie die Förderung der Zivilgesellschaft nicht mehr geben“, glaubt Meier.

Dass sie mal in Sachsen Regierungsverantwortung übernehmen würde, hätte sich Katja Meier als Teenager noch nicht vorstellen können. „Ich bin in Zwickau aufgewachsen – Baseballschlägerjahre –, das hat mich politisiert.“ Sie war zwölf Jahre alt, als bis zu 500 Menschen Unterkünfte von Geflüchteten und Vertragsarbeiter:innen im sächsischen Hoyerswerda angriffen. Unter anderem das machte sie zu einem politischen Menschen, so erzählt es Meier heute. Aber auch andere Erlebnisse, die viele Teenager nach der Wende machten, prägten Meier. „Einer meiner Eltern war immer arbeitslos.“

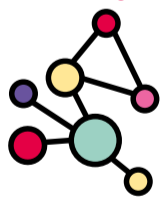
Als Justizministerin und Spitzenkandidatin macht Meier aktuell zwei Jobs. Meist hat sie erst abends Zeit für Podiumsdiskussionen oder Wahlkampftermine.

So auch an einem Mittwochabend Anfang August im Leipziger Osten. Meier begleitet die dortige grüne Direktkandidatin Christin Melcher zur Redaktion des *Female Explorer*, einem Reisemagazin für Frauen. Auf

## Nach der Wahl würde Michael Kretschmer lieber ohne die Grünen regieren

dem Holztisch stehen Nüsse und Datteln, an den Wänden hängen die Cover früherer Ausgaben. Nicole Barth und Leonore Herzog, die beiden Gründerinnen des Reisemagazins, erzählen, wie *Female Explorer* von einer spontanen Idee zur GmbH in Leipzig wurde. Mittlerweile sind sie bei Heft Nummer acht. Es ist allerdings die letzte gedruckte Ausgabe, zukünftig erscheint *Female Explorer* nur noch in der App.

ost wahlen 2024



Alle Texte dazu finden sie hier auf taz.de und hier:

Dieser Text ist Teil unserer Berichterstattung zu den Wahlen 2024 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Die taz zeigt, was hier in diesem Jahr auf dem Spiel steht. Am Samstag diskutiert die taz auf dem Panter-Forum in Chemnitz mit Katja Meier und weiteren sächsischen Spitzenpolitiker:innen.

Meier, als Ministerin auch für Gleichberechtigung verantwortlich, interessiert sich vor allem die Perspektive auf die Frauen als Gründerinnen. Was brauchen die? „Business und Mutter, das ist schon eine krasse Doppelbelastung. Mehr Unterstützung wäre hilfreich“, sagt Herzog. Das will sich Meier nochmal anschauen. „Wichtig ist, dass wir ein Netzwerk unterstützen, in dem sich Frauen gegenseitig unter die Arme greifen“, sagt sie. „Da rennen Sie bei uns offene Türen ein“, antwortet Nicole Berth und alle vier Frauen am Tisch lachen.

Junge Frauen gehören für die Grünen auch in Sachsen zu den wichtigsten Wähler:innen. Keine andere Partei bekam bei der Landtagswahl 2019 so viele Stimmen von Frauen zwischen 18 und 25 Jahren. Damals sah es allerdings auch vor der Wahl besser für die Grünen aus. In den Umfragen standen sie zweistellig bei bis zu 16 Prozent. Am Ende bekamen sie 8,6 Prozent der Stimmen, immerhin noch das beste grüne Ergebnis in Sachsen.

Derzeit bekommt der sächsische Landesverband zwar stetig neue Mitglieder – zum ersten Mal hat er seit diesem Jahr mehr als 4.000 – doch die Umfragewerte und Wahlergebnisse bleiben bei 6 Prozent. So war es auch bei der Europawahl im Juni.

Schon dafür warben die Grünen auffällig mit den Themen Demokratie und Antifaschismus. Kann es sein, dass das in Sachsen eher Stimmen kostet als bringt?

Katja Meier stutzt bei der Frage. „Das sehe ich so nicht“, antwortet sie der taz und denkt beim Sprechen nach. Also ja, im Wahlkampf höre sie schon mal Sprüche. „Sie mit Ihrer Demokratie, was soll denn das überhaupt sein?“, heiße es dann. „Da merkt man, dass es brodeln.“ Sie versuche, den Begriff breit mit Themen zu füllen. „Demokratie, das heißt für mich, Kinder und Jugendliche politisch beteiligen, Zivilgesellschaft stärken oder Frauen vor Gewalt schützen.“

Aus dem Europa- und Kommunalwahlkampf habe die grüne Partei in Sachsen gelernt, mehr auf die Probleme einzugehen, die sich landespolitisch lösen lassen. Doch immer wieder geht es im Wahlkampf auch um bundespolitische Themen. Nach dem Austausch bei *Female Explorer* ziehen Meier und Melcher weiter in den nahegelegenen Lene-Voigt-Park. Sie wollen Tischtennis spielen, um dabei mit Wähler:innen ins Gespräch zu kommen. „Bei Podiumsdiskussionen kommen nicht mehr viele“, erklärt Meier. Aber an diesem schwülen Abend ist auch im Park in Leipzig nicht mehr viel los. Meier und Melcher spielen zunächst eine Runde für sich allein.

Insgesamt sei die Stimmung an den Wahlkampfständen unterschiedlich, berichtet Meier. Manche kämen interessiert und erfreut auf die Grünen zu. Andere seien eher weniger begeistert: „Da standen wir in Dresden am Wahlkampfstand, als ein Auto vorbeifuhr und wir aus dem offenen Fenster angepöbeln wurden.“

Kritik entbrenne oft an Bundes-themen: Ukraine, Kriegstreiber, Heizungsgesetz. „Da versuchen wir die Dinge einzuordnen. Wir wollen einen Frieden in Sicherheit in der Ukraine“, sagt Meier. „Wenn sich Michael Kretschmer etwa hinstellt und behauptet, die Energiewende sei gescheitert, dann ist das die Energiewende, die CDU und SPD versucht haben umzusetzen.“

Dass die Kommunikation der Ampelkoalition hätte besser laufen können, da seien sich alle einig. Insgesamt sei die Kritik an den Grünen in der Bundesregierung aber unehrlich, findet Meier. Die CDU war 16 Jahre in der Verantwortung. Die Ampel noch nicht mal drei.

Im Lene-Voigt-Park dunkelt es schon, als Meier und ihr Team um 21 Uhr die Tischtennisplatte zusammenklappen. Es geht zurück nach Dresden, wo aktuell, zumindest das ist sicher, noch CDU, SPD und Grüne regieren.



Wahlkampf mal anders: Katja Meier möchte beim Tischtennis im Lene-Voigt-Park mit Leipziger:innen ins Gespräch kommen  
Foto: Christoph Busse

taz \* die tageszeitung

## Bratwurstland ist abgebrannt!

Auf der Suche nach Thüringen abseits der Klischees, u.a. mit Artikeln junger Menschen über rechtsextreme Kampfsportler, Daheimgebliebene, die Tankstelle als sozialen Ort und queeres Leben in Gefahr.

4 Sonderseiten in der taz am Freitag, den 23.8.2024

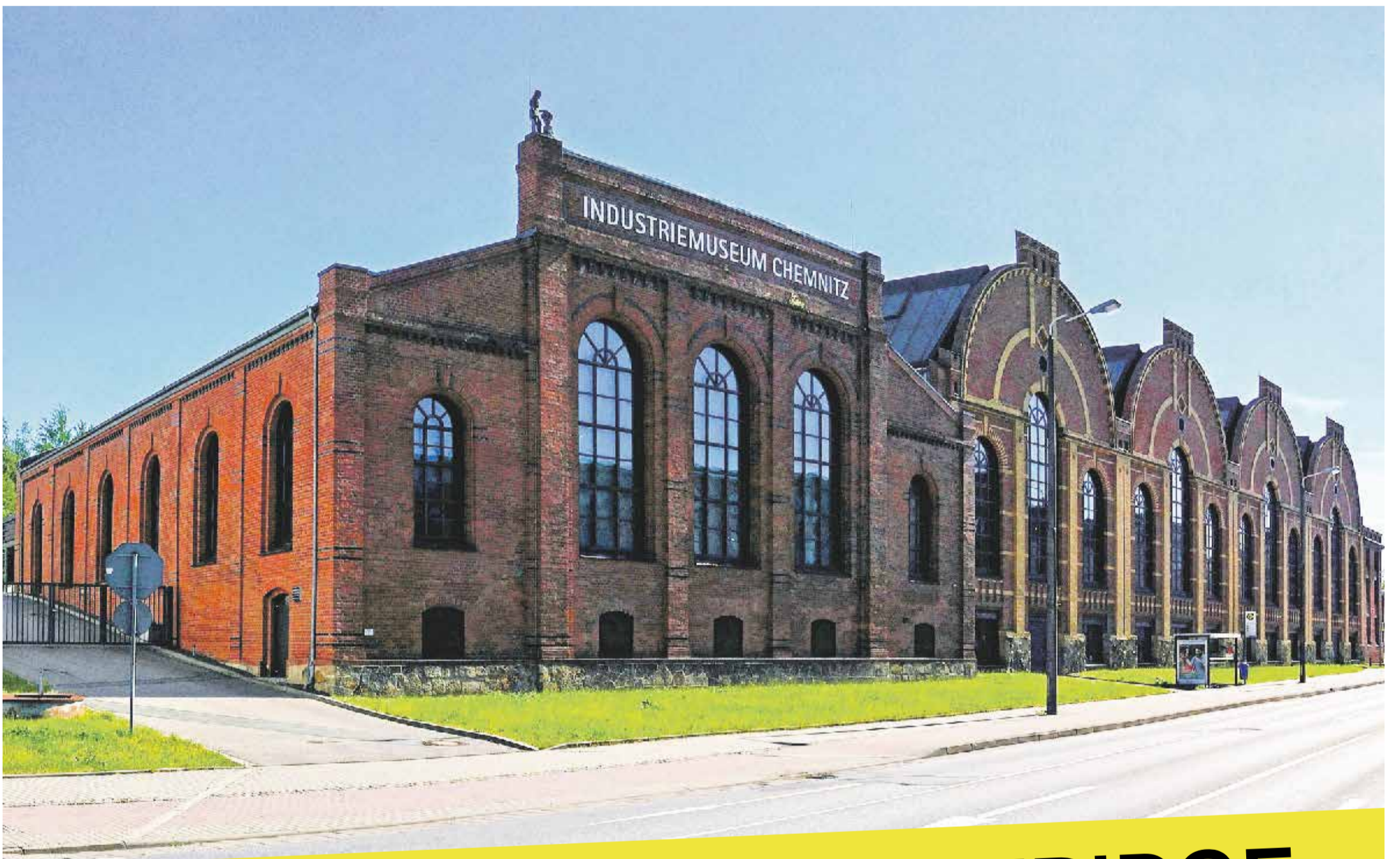


BILD: JACOB QUEISSNER

# taz Kurzreisen in Deutschland

Gruppenreisen für  
Individualist\*innen

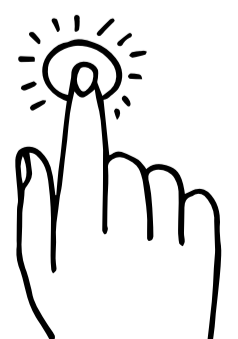
Entdecken Sie gemeinsam mit engagierten Reisenden Ihnen unbekannte Orte und reizvolle Landschaften in Deutschland



## CHEMNITZ und ERZGEBIRGE

Wollen Sie sich mal in Sachsen umschauen?  
Bei der neuen taz-Reise mit taz-Korrespondent Michael Bartsch geht es um sächsische Industrietraditionen und den aktuellen Kampf gegen Rechts.

**24. – 28. September, ab 890 €**







# Der Elefant beim Treffen in Jackson Hole

Die Finanzwelt wartet auf eine Ansage von Fed-Chef Powell beim Notenbanktreffen. Es wird eine Zinssenkung erwartet. Gewinnt Trump, ist die Unabhängigkeit der US-Institution in Gefahr

Von **Simon Poelchau**

Die Erwartungen an Jerome Powell sind groß. Eigentlich beginnt das jährliche Treffen der mächtigsten Notenbanker der Welt in Jackson Hole im US-Bundesstaat Wyoming bereits am Donnerstag. Doch der bedeutendste Moment der dreitägigen Konferenz wird sein, wenn der Chef der Fed, der US-amerikanischen Notenbank, am Freitag ans Rednerpult tritt. Gespannt warten Börsenbroker\*innen und Analyst\*innen darauf, was für Signale Powell in die Finanzwelt sendet.

Anders als die Europäische Zentralbank (EZB) hat die Fed noch nicht die Zinswende eingeläutet. Nachdem sie wie andere Notenbanken auch im Kampf gegen die Inflation ihre Leitzinsen massiv erhöht hatte, verharren sie seit rund einem Jahr bei einer Spanne von 5,25 bis 5,5 Prozent. Doch hat sich die Inflation mittlerweile auch in den Vereinigten Staaten wieder normalisiert. Gleichzeitig haben sich zuletzt die Aussichten in der US-Wirtschaft eingetrübt. Warnungen vor einer möglichen Rezession machen die Runde.

Generell ist die Stimmung zuletzt jedoch etwas aufgehellt. Und nun

erwartet die Finanzwelt eine erste Zinssenkung im September. Das würde die Börsenkurse steigen lassen und die Wirtschaft ankurbeln, weil die Banken die niedrigeren Zinsen vermutlich an Unternehmen und Verbraucher\*innen weitergeben würden. Die Frage ist nur, ob die Fed sie tatsächlich um 0,5 Prozentpunkte senken wird, wie zwischenzeitlich erwartet, oder doch etwas vorsichtiger die Wende einläutet.

Dabei geht es beim Thema Fed dieser Tage nicht allein um die anstehende Zinssenkung. Der eigentliche Elefant im Raum ist Donald Trump. Denn der Republikaner will im Falle einer zweiten Amtszeit mehr Einfluss auf die Fed haben und ihre Eigenständigkeit einschränken.

Bereits im April berichtete das *Wall Street Journal*, dass Trump-Verbündete diesbezüglich schon Vorschläge ausgearbeitet hätten. Trumps Kampagne distanzierte sich damals zwar von dem Bericht. Doch seitdem kokettierte der republikanische Präsidentschaftskandidat immer wieder mit dieser Idee. „Ich denke, dass ich in meinem Fall viel Geld verdient habe, ich war sehr erfolgreich, und ich denke, dass ich

einen besseren Instinkt habe als in vielen Fällen die Leute, die in der Federal Reserve sind oder der Vorsitzende“, sagte Trump vor einigen Tagen vor Reportern in seiner Residenz Mar-a-Lago in Florida.

Zwar wäre dies für Trump nicht so leicht durchzusetzen. Wollte er bei Zinsentscheidungen direkte Mitsprache als US-Präsident haben, müsste er das Notenbank-Ge-

## „Die Fed ist eine unabhängige Einrichtung“

Kamala Harris

setz von 1913 ändern, wofür er beide Kammern des US-Kongresses hinter sich haben müsste. Nichtsdestotrotz ist allein schon das Ansinnen ein Tabubruch. Denn für die Noten- und Zentralbanken ist ihre Unabhängigkeit ein hohes Gut, an das sie gerne erinnern, wenn Politiker\*innen Einfluss auf die Geldpolitik nehmen wollen.

Trump's Wunsch erinnert an Erdogan, der bisher reihenweise die türkischen Notenbankchefs aus-

wechselte, weil diese ihm nicht genehm waren. „Die Maßnahmen der Zentralbanken, ihre beständigen Erfolge über die Jahrzehnte und ihre institutionelle Unabhängigkeit förderten das Vertrauen in die Wirksamkeit ihrer Bemühungen zur Eindämmung der Inflation“, schrieb etwa bereits der ehemalige Chefökonom des Internationalen Währungsfonds, Maurice Obstfeld. In „einer Welt der politisierten Geldpolitik unter Kontrolle des Präsidenten“ wäre diese positive Entwicklung unmöglich gewesen.

Auch wenn Trump die Geldpolitik nicht direkt unter seine Kontrolle bringen kann, bleibt ihm zumindest die Möglichkeit, einen treuen Gefolgsmann an der Spitze der Fed zu installieren, wenn Powells Amtszeit im Mai 2026 ausläuft. Dabei wurde dieser einst selbst von Trump eingesetzt.

„Er ist stark, er ist engagiert, er ist klug“, sagte Trump noch im November 2017 zur Ernennung Powells. Er sei zuversichtlich, dass die Fed mit Powell „als klugem Verwalter in den kommenden Jahren die Führung haben wird, die sie braucht“. Doch schon bald kam es zwischen den beiden Republikanern zum Bruch, weil der Notenbank-Chef einen ei-

genen Kopf bewies. Eine seiner ersten Amtshandlungen war die Anhebung der Leitzinsen. Das war jedoch nicht im Sinne Trumps. Denn dieser wollte als US-Präsident niedrige Zinsen, um den US-Dollar gegenüber anderen Währungen günstig zu halten. Dies sollte helfen, US-Firmen im Welthandel wettbewerbsfähiger zu machen und das Außenhandelsdefizit zu verringern. Gleichzeitig können niedrigere Zinsen zu höheren Inflationsraten führen – auch weil ein schwacher Dollar Importe für die heimischen Verbraucher\*innen teurer macht.

Doch derzeit passen dem Republikaner Trump Zinssenkungen weniger in den Kram. Gegenüber der Finanznachrichtenagentur Bloomberg forderte er die Fed vor einiger Zeit auf, die Zinsen erst nach der Wahl im November zu senken. Seine Befürchtung ist nämlich, dass dies die Wirtschaft ankurbeln und die Chancen seiner Konkurrentin Kamala Harris erhöhen könnte.

Die Demokratin will auch nicht am Status der Notenbank rütteln. „Die Fed ist eine unabhängige Einrichtung und als Präsidentin würde ich mich niemals in deren Entscheidungen einmischen“, so Harris bei Phönix.

Was wird der Chef der US-Notenbank, Jerome Powell, am Freitag wohl verkünden?  
Foto: Kevin Mohatt/reuters



# Kahlschlag keine Straftat

Umweltschützer:innen sind verärgert. Denn Forstminister Cem Özdemir schwächt seine Reform des Bundeswaldgesetzes ab und sorgt nun weniger fürs Klima, dafür mehr für Waldbesitzer:innen

Von **Beate Willms**

Das Lobbying von Forst- und Jagdverbänden war erfolgreich: Das neue Bundeswaldgesetz wird deutlich weniger klare Regeln aufstellen, als Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) geplant hatte. Seit Beginn der Woche ist ein „grundlegend überarbeiteter“ Gesetzesentwurf zur Abstimmung an die anderen Ressorts gegangen. Unter anderem sieht dieser nicht mehr vor, ungenehmigtes Abholzen größerer Flächen als Straftatbestand zu werten – damit entfällt die Möglichkeit, Kahlschlag mit Vorstrafen oder Haft zu sanktionieren.

Umweltverbände, die schon mit der ersten Vorlage nicht glücklich gewesen waren, zeigten sich nun erst recht enttäuscht. Die Verbände der Waldbesitzer äußerten sich zunächst ebenso wenig wie die der Jäger.

Die Ampelparteien hatten die Novelle des aus dem Jahr 1975 stammenden Bundeswaldgesetzes in ihrem Koalitionsver-

trag vereinbart. Sie sollte ursprünglich in diesem Sommer verabschiedet werden. Nun ist das zum Jahresende angepeilt.

Nötig ist die Reform, weil sich die Anforderungen an den Wald geändert haben. Das geltende Gesetz berücksichtigt bislang weder Klima- und Artenkrise noch die Ressourcenknappheit. „Nur jeder fünfte Baum ist vollkommen gesund“, sagte ein Ministeriumssprecher. Viele Arten kommen mit höheren Temperaturen und Trockenheit nicht mehr gut klar. „Um unseren Wald zu erhalten und dauerhaft nutzen zu können, müssen wir ihn für die Klimakrise rüsten und umbauen.“

Die Umweltverbände hatten deshalb einen „neuen und langfristigen Gesellschaftsvertrag mit den Waldbesitzenden“ gefordert, der den Erhalt des Waldes als Lebensgrundlage fest schreibt. So sollten diese „nicht auf Einkommen durch forstliche Nutzung angewiesen“ sein, sondern auch honoriert werden, wenn sie den Wald schützen.

Die Waldbesitzer:innen fürchteten dadurch aber „mehr Regulierung und Bürokratisierung“ oder „praxisferne Eingriffe und pauschale Einschränkungen wie bei der Wahl der Baumarten“.

Der aktuelle Entwurf ist nun weit entfernt von einem komplett neuen Gesetz, wie es Özdemir zunächst vorgehabt hatte. So geht die Vorlage zwar darauf ein, dass der Wald sogenannte Ökosystemdienstleistungen erbringt, also etwa Sauerstoff erzeugt und Kohlenstoff bindet, Boden und Grundwasser schützt oder Erosion verhindert. Die Nutzung als Wirtschaftsgut, etwa durch das Schlagen von Holz, und auch als Erholungsort wird darin aber als gleichberechtigt dargestellt.

Konkrete Maßnahmen und Vorgaben etwa zur Regulierung des Wasserhaushalts fehlen deshalb und müssen nun wohl in den Landesgesetzen aufgefangen werden. Auch die Frage, wie genau der klimagerechte Umbau aussehen soll, wird an die Bundesländer verschoben.

Kahlschläge ab einem Hektar Fläche sollen zwar „nur mit Genehmigung der zuständigen Behörden vor Ort möglich“ sein. Verstöße würden aber nur als Ordnungswidrigkeit gewertet und mit höchstens 50.000 Euro Ordnungsgeld belegt. In der ersten Referentenvorlage war ein Straftatbestand vorgesehen.

Entsprechend verärgert reagierten die Umweltverbände. Sie begrüßten zwar grundsätzlich, dass überhaupt noch etwas passiert, kritisierten aber den „enttäuschenden und inhaltlich stark verwässerten Entwurf“, wie etwa Florian Schöne vom Deutschen Naturschutzring sagte.

Der Umweltverband BUND schrieb in einer Pressemitteilung, es handle sich um eine „zahnlose Mikro-Novelle“, bei der nicht einmal „ökologische Mindeststandards“ berücksichtigt seien. Jörg-Andreas Krüger vom Nabu bemängelte, dass der Entwurf vor allem auf Freiwilligkeit setze. (mit afp)

taz \* panterstiftung

„Wir jungen Menschen spüren, wie ungleich Ost und West in Deutschland noch sind“

Mika Schlegel  
(Thüringen)

Nachwuchsautor:innen verfassen anlässlich der Landtagswahlen drei Sonderbeilagen:

am 23. August zu Thüringen  
am 30. August zu Sachsen  
am 20. September zu Brandenburg



Die taz Panther Stiftung wird durch Spenden finanziert: [taz.de/spenden](https://taz.de/spenden)









Jens-Christian Wagner vor dem Lagertor von Buchenwald  
Foto: Markus Schreiber/ap/picture alliance

talkshow

Von Marie Sophie Hübner

# Einen bedrohen, alle einschüchtern

Die Demokratie braucht Menschen, die für sie einstehen. Wer sich besonders engagiert, riskiert, von Nazis angefeindet zu werden, so wie Jens-Christian Wagner, der nun wieder bedroht wird

Jens-Christian Wagner ist Leiter der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora. Er hat 350.000 Briefe an Thüringer\*innen versandt und sie dazu aufgefordert, bei der anstehenden Landtagswahl demokratische Parteien zu wählen. Er hat nicht dazu aufgerufen, Faschos zu verprügeln. Sondern er hat daran erinnert, dass bei der Wahl viel auf dem Spiel steht und man bitte keine Rechtsextremen wählen soll.

Nun wird er bedroht. Dieser Satz verliert an Schlagkraft, weil ständig Leute bedroht werden. Aber wenn ich Wagners Tweet zu der Angelegenheit lese, dann halte ich einen Moment lang die Luft an. Er schreibt dort: „In der Gedenkstätte Mittelbau-Dora wurde mein Konterfei auf eine Todesmarschstele geklebt.“ Die Gedenkwanne erinnert an die etwa 13.000 Opfer, die im KZ Buchenwald zu Todesmärschen gezwungen wurden. Eine Weimarer „Montagsspaziergängerin“ habe ihm geschrieben, der verstorbene SPD-Politiker Thomas Hartung habe die Quittung für sein Handeln bekommen – und auch er werde seine Strafe noch erhalten, zitiert Wagner auf X. Hartung war bildungs- und migrationspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und engagierte sich gegen rechts. Im Juli starb er an Krebs.

Das Gefühl, das sich beim Lesen einstellt, ist das gleiche wie am Sonntag, als mir auf Instagram Videos von Rechtsextremen am Leipziger Bahnhof angezeigt werden. 400 Neonazis stehen am Bahnhof, rufen rechte Parolen, strecken die Fäuste in die Luft oder formen ihre Hände zu Okay-Zeichen, das Symbol für White Power. Die Polizei umzingelt die Neonazis. Setzt sie fest. Die rechte Demo in Leipzig fällt aus.

Zwar erklärt Wagner, beispielsweise im Interview mit der *Süddeutschen Zeitung*, vorsichtiger geworden zu sein, abends nicht mehr am offenen Fenster zu sitzen. Aber er sagt auch, im Austausch mit der Polizei zu stehen. Auch wenn Wagner nicht unter Personenschutz steht, ist er zumindest ein Stück weit durch die Beamten und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit ge-

schützt – so wie die Leipziger queere Community am Sonntag.

Der Austausch und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit schützen niemanden komplett – das zeigt auf erschütternde Weise der Mord an Walter Lübcke, der heute 71 Jahre alt geworden wäre. Doch zugleich haben Menschen wie Wagner zumindest den Rückhalt anderer Demokrat\*innen: Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt nannte die Drohungen gegen Wagner inakzeptabel. Der Thüringer CDU-Spitzenkandidat Mario Voigt sagte, die Anfeindungen seien „unerträglich“. Wagner steht nicht allein da.

Viele andere Demokrat\*innen, die sich im Privaten trauen, Widerstand ge-

Der Austausch und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit schützen niemanden komplett – das zeigt auf erschütternde Weise der Mord an Walter Lübcke, der heute 71 Jahre alt geworden wäre

gen rechts zu leisten, erfahren diesen Zuspruch aber nicht. Sie werden nicht geschützt, wenn sie im Sportverein, bei der Arbeit oder in der Bar nicht weggucken, wenn jemand angefeindet wird.

Dirk Neubauer, mittelsächsischer Landrat, hat im Juli seinen Rücktritt damit begründet, dass „da draußen zu viele den Mund halten“. Das zeigt, wie wichtig es ist, dass Demokrat\*innen ihre Stimme gegen rechten Hass erheben.

Doch die Bedrohungen gegen Wagner sollen nicht nur ihn einschüchtern, sondern alle Demokrat\*innen – vor allem diejenigen, die nicht geschützt werden. Auch sie müssen in den Fokus der Politik kommen und konkret Unterstützung erfahren, immer und überall, wo die Demokratie und ihre Bürger\*innen von den Rechtsextremen verächtlich gemacht und bedroht werden.

















bundes **talk** 



**bundestalk**

## Wendepunkt im Ukrainekrieg?

Mit dem Angriff auf Kursk wird der Krieg ins russische Territorium verlagert. Verändert das die Debatte in Deutschland? Darüber diskutieren **Bernd Pickert, Barbara Oertel, Anne Fromm** und **Stefan Reinecke**.

**Jetzt hören!**







Von Ulrike Wagener

Bei aller Freude über die Umbenennung der Petersallee im Wedding an diesem Freitag macht sich Mnyaka Sururu Mboro auch Sorgen. Der 72-jährige Aktivist bei Berlin Postkolonial rechnet damit, dass die Feierlichkeiten gestört werden. „Wenn ich die Rundgänge im Afrikanischen Viertel mache, kommen bis heute Leute zu mir und schreien mich an und beleidigen mich“, erzählt er.

Seit 40 Jahren setzt sich Mboro nach eigenen Angaben für die Umbenennung von Straßennamen ein, die Kolonialverbrecher ehren. „Als vor zwei Jahren die anderen Straßen im Afrikanischen Viertel umbenannt wurden und die Petersallee geblieben ist, war ich wirklich fertig“, sagt er. Doch nun ist es soweit: Am Freitag um 15 Uhr werden die Maji-Maji-Allee und die Anna-Mungunda-Allee eingeweiht. Zwei Stunden vorher findet ein Gedenkmarsch in Erinnerung an die gefallenen Widerstandskämpfer\*innen im Maji-Maji-Krieg statt. Der Tag ist bewusst gewählt, der 23. August ist der Internationale Tag der Erinnerung an den Sklavenhandel und seine Abschaffung.

In den vergangenen Jahren haben Aktivist\*innen diesen Tag für eine symbolische Umbenennung der M\*Straße in Mitte genutzt. „Dass es in diesem Jahr wirklich eine Umbenennung gibt, ist toll“, sagt Anna Yeboah, Gesamtkoordinatorin des Projekts „Dekoloniale – Erinnerungskultur in der Stadt“ zur taz. Für sie ist damit eine große Transformation geschafft. „Das Afrikanische Viertel ist von einem kolonialen zu einem anticolonialen Viertel geworden.“

Ein Abschnitt der ehemaligen Petersallee wird nun an Anna Mugunda erinnern, eine Herero aus dem Widerstand gegen die Apartheid in Namibia. Der zweite Abschnitt ist nach Maji-Maji benannt, dem großen Widerstandskampf gegen die deutsche Kolonialherrschaft im damaligen Deutsch-Ostafrika (heute: Tansania ohne Sansibar, Ruanda, Burundi).

Dass im Wedding nun an den Widerstand gegen die deutsche Kolonialherrschaft erinnert wird und nicht etwa an Nelson Mandela, ist in erster Linie dem langen Atem von Aktivist\*innen und Initiativen wie der Dekoloniale, der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD), Each One Teach One (EOTO) und Berlin Postkolonial zu verdanken. „Straßennamen sind Stein gewordene Erinnerungskultur. Sie zeigen ganz klar, wen wir als Gesellschaft würdigen und wen wir außen vor lassen“, sagt Anna Yeboah.

Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger findet es „gut und richtig“, dass der Name Peters aus dem Berliner Straßensbild verschwindet. Das Thema Kolonialismus erfahre mit den neuen Namen einen Perspektivwechsel, so die Grünen-Politikerin. Sie dankt den zivilgesellschaftlichen Initiativen und bedauert „wirklich sehr, dass es so lange dauern musste“.

Anders als Neukölln wartete der Bezirk Mitte mit der Umbenennung, bis alle Gerichtsverfahren, die Anwohner\*innen gegen eine Umbenennung angestrengt hatten, abgeschlossen waren. Der Nachtigalplatz und die Lüderitzstraße wurden schon vor zwei Jahren in Cornelius-Fredericks-Straße und Manga-Bell-Platz umbenannt. Die letzte Klage gegen einen Abschnitt der Petersallee wurde im April abgewiesen.

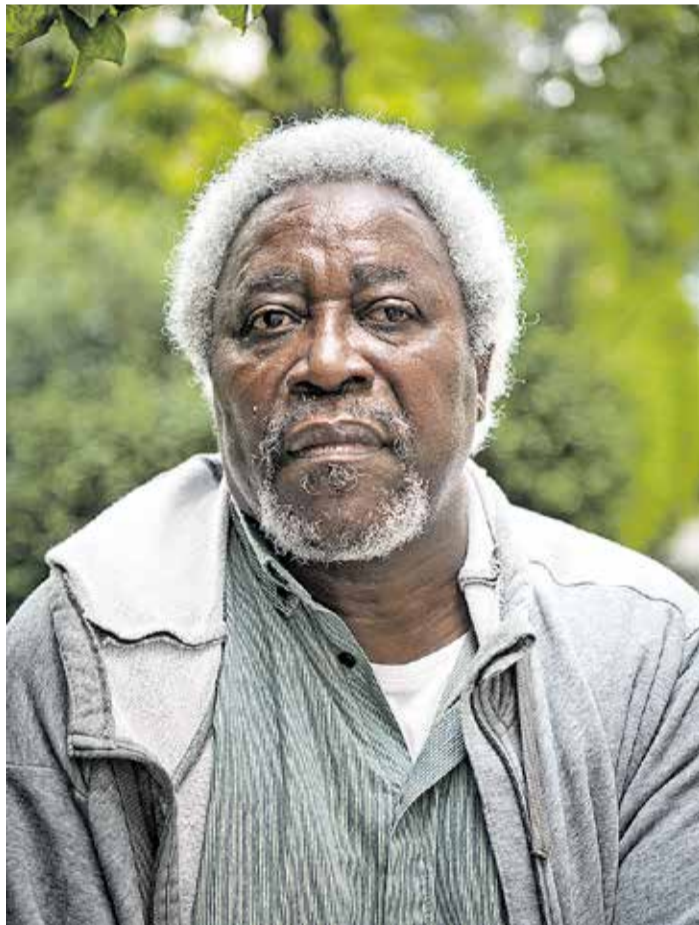
Auch für Mnyaka Sururu Mboro von Berlin Postkolonial ist die Umbenennung ein Erfolg.



Der Nachtigalplatz wurde schon umbenannt, nun folgt die Petersallee Foto: Sascha Steinach/imago

# Ein antikoloniales Viertel

Am Freitag werden im Wedding die Maji-Maji-Allee und die Anna-Mungunda-Allee eingeweiht, ein Kolonialverbrecher muss weichen. Es ist die 8. von 11 Berliner Straßen, deren Umbenennung gefordert wurde



Seit 40 Jahren Aktivist: Mnyaka Sururu Mboro Foto: Stefanie Loos

„Aber ich bin nicht zufrieden. Es gibt überall in Deutschland immer noch Straßen, die die Namen von Kolonialisten tragen“, sagt er.

Mboro hat 1984 zum ersten Mal vom Afrikanischen Viertel im Wedding gehört, anlässlich eines Gedenkens an den 100. Jahrestag der Afrika-Konferenz. „Als ich gehört habe, wer da geehrt wird, war ich wirklich erschüttert“, sagt Mboro, der in Tansania geboren ist und 1978 zum Studium nach Deutschland kam.

Geehrt wurde Carl Peters, der 1884 die Kolonie „Deutsch-Ostafrika“ durch Betrug und Zwang „begründete“. Unter Zeitgenoss\*innen war er als „Hänge-Peters“ und „Blutige Hand“ bekannt. Wegen seiner grausamen Behandlung der Zivilbevölkerung wurde er 1897 seines Amtes enthoben. Das bedeutete al-

lerdings keineswegs eine Ablehnung seiner rassistischen und kolonialen Grundeinstellung. 1914 wurde er dann von Kaiser Wilhelm II. rehabilitiert und später von den Nazis glorifiziert. 1939 wurde die Straße im Wedding – wie viele andere im Deutschen Reich – nach ihm benannt. „Er wurde dort wegen seiner Brutalität geehrt“, sagt Mboro.

Schon 1984 forderte eine Schwarze Community in Berlin die Umbenennung der Straße. Unterstützt wurde sie damals von der Vorgängerorganisation der Grünen, der Alternativen Liste. Doch statt den Namen Peters aus dem Stadtbild zu tilgen, wurde die Straße 1986 lediglich umgewidmet. Sie sollte nun den CDU-Politiker Hans Peters ehren, der im Nationalsozialismus der Widerstandsgruppe Kreisauer Kreis angehört hatte. Die

Umwidmung wurde allerdings nie rechtskräftig.

Für Mboro und seine Mitstreiter\*innen war das ohnehin keine gute Lösung. Anlässlich des Maji-Maji-Trauermarsches im Jahr 2005 nahmen sie den Kampf für die Umbenennung wieder auf. Doch es dauerte noch mehr als zehn Jahre, bis die Bezirksverordnetenversammlung in Mitte die Umbenennung 2016 beschließen sollte.

Eine Jury wählte damals aus 190 eingereichten Namensvorschlägen 6 zur weiteren Beratung aus. Darunter war auch Ana Nzinga, die einerseits Widerstand gegen die portugiesische Kolonialherrschaft leistete, als Königin des heutigen Angola jedoch am Sklavenhandel beteiligt war. Nach heftiger öffentlicher Kritik beschloss das Bezirksamt, eine wissenschaftliche Beratung hinzuzuziehen. Anfang 2018 wurden dann neue Vorschläge präsentiert.

Doch Maji-Maji wurde zunächst als „zu abstrakt“ verworfen. Die Widerstandsbewegung, die von 1905 bis 1907 gegen die deutsche Kolonialherrschaft kämpfte, ist nach einem „Zauberwasser“ benannt, das die Kämpfer\*innen unverwundbar machen sollte. Deutsche Truppen nutzten damals die Politik der verbrannten Erde, zerstörten ganze Dörfer, Felder und Lebensmittelvorräte. Schätzungen zufolge wurden 250.000 bis 300.000 Menschen getötet, fast ein Drittel der Bevölkerung. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) bat im November vergangenen Jahres bei einem Besuch in Tansania um Verzeihung für die Gewalttaten der deutschen Kolonialherren. Als Genozid hat Deutschland diese bisher jedoch nicht anerkannt.

Viele Anwohner\*innen waren mit den Umbenennungen im Afrikanischen Viertel nicht einverstanden. Es kam zu rund 1.200 Widersprüchen von 400 Einzelpersonen. „Viele versuchen so zu tun, als wäre die Kolonialgeschichte nicht passiert“, sagt Mboro. Aber es ist passiert,

also müsse darüber gesprochen werden. „Ich möchte, dass die jungen Generationen hier und in Tansania miteinander zu Frieden kommen.“

Anna Yeboah arbeitet gerade an einer dezentralen Ausstellung, die am 14. November er-

## „Straßennamen sind Stein gewordene Erinnerungskultur“

Anna Yeboah, Projekt Dekoloniale

öffnet werden soll. Das Afrikanische Viertel soll dabei als Lern- und Erinnerungsort eine große Rolle spielen. „Wir wollen Wissen vermitteln zu den neuen Namensgebern, aber auch zu den alten“, sagt sie. Damit stellt sich das Projekt den Vorwürfen entgegen, mit den Umbenennungen werde „Geschichte getilgt“.

Ende des Jahres endet das Projekt „Dekoloniale – Erinnerungskultur in der Stadt“. Die Förderung durch den Senat wird nicht verlängert. Dass die Strukturen, die über einen langen Zeitraum aufgebaut wurden, nicht fortgeführt werden, können die Aktivist\*innen nicht verstehen. Zwar wolle sich der Senat laut eigenen Angaben weiter mit dem Thema Kolonialismus in Berlin beschäftigen, sagt Yeboah. „Uns ist aber nicht klar, wie.“

Mboro und die anderen Aktivist\*innen der Initiativen werden bleiben – und damit auch die Auseinandersetzung mit Rassismus und Kolonialismus. Von den elf Straßen, deren Umbenennung sie gefordert haben, wurden acht bereits umbenannt oder die Umbenennung zumindest beschlossen.

Für Christian Kopp von Berlin Postkolonial ist das eine „mutmachende Bilanz zivilgesellschaftlich-diasporischen Engagements“. Drei Straßen sind noch offen: Die Woermannkehe, die Ilitsstraße und die Lansstraße.

Anzeige

Staatliche Museen zu Berlin  
Preußischer Kulturbesitz

**Y**

**Sommer  
Kino**

→ Kulturforum am  
Potsdamer Platz

taz Tickets und Programm **yorck.de**

## berliner szenen

## So ein Dreirad ist sicherer

Eine ältere Frau auf einem Elektro-Dreirad mit Helm fährt rasant an mir vorbei und parkt am Radständer vor dem Drogeriemarkt. Sie trägt einen Rock, darunter dicke Stützstrümpfe. Die Arme, solche Strümpfe in der Hitze, denke ich. Als sie absteigt, begegnen sich unsere Blicke. Sie nimmt den Helm ab und lächelt mich an. „Ist gut, was?“, fragt sie. Ich nicke und bleibe stehen.

„Das hat mir mein Sohn geschenkt. Weil ich nicht mehr Motorrad fahren soll. Ich dachte erst, dem geht's wohl nicht mehr gut, schenkt mir 'n Dreirad wie einem Kind. Aber dann – das fetzt ganz schön.“

Ich muss lachen, weil sie den Ausdruck „das fetzt“ verwendet wie aus den 80er Jahren. „Das glaube ich“, sage ich, „und es ist schon sicherer als ein Motorrad.“

„Na ja“, sagt die Frau. „Man wird eben alt. Es ist nicht das Gleiche wie auf dem Motorrad. Den Wind um die Nase spüren, sich in die Kurven legen – das war Freiheit. Ich habe erst mit 50 Jahren den Führerschein gemacht, wissen Sie, und dann bin ich nach meiner Trennung durch ganz Europa gefahren. Auf dem Motorrad.“ Sie hebt einen Zeigefinger. „Ganz allein.“

„Wie toll und sehr mutig“, sage ich ehrfurchtsvoll. Sie lacht. „Ja, das war eine schöne Zeit. Nur zuletzt hat's mich hier um die Ecke aus der Kurve gerissen und ich hab die Maschine nicht mehr hochbekommen. Ich bin zu dünn geworden.“ Sie hält mir ihren Bizeps hin und sagt: „Fassen Sie mal an, da ist nichts dran. Wie bei einem Hühnchen.“ Sie lässt den Arm sinken. „Jetzt fahre ich deswegen Dreirad.“ Sie zieht die Nase kraus, lacht und ich denke, dass ich diese Geschichte aufschreiben möchte. Ich erkläre ihr, was ich mache, und frage um Erlaubnis. „Schreiben Sie“, sagt sie. „Schreiben Sie das auf, damit alle Frauen aufs Motorrad wollen. Muss jede mal probieren.“ Isobel Markus

## verweis

## Tanz trifft auf Archäologie

Für „steal you for a moment“ stehen Meg Stuart und Francisco Camacho wieder gemeinsam auf der Bühne: bei „Tanz im August“ im Radialsystem. Ausgangspunkt ihrer neuen Arbeit sind die Nuraghen-Ruinen auf Sardinien – vergessene Überreste einer einst blühenden Kultur. In einer zeitlosen Landschaft bergen die Künstler\*innen Gefühlsartefakte aus den Lücken der Überlieferung. Ihre Stimmen beschwören eine verlorene Sprache herauf, Rhythmus und Wiederholung schaffen Momente der Begegnung. Aus den Scherben der Vergangenheit entsteht eine Archäologie der Gegenwart, die Mystisches und Profanes gleichermaßen vereint. Heute und morgen, 18 Uhr.

Die komplexen Klanglandschaften von Nkisi sind am Samstag bei Openless zu hören  
Foto: Clara Wildberger



## Die Zukunft des Trommelns

Nkisi verbindet kongolesische Musik mit Industrial zu polyrhythmischen Arrangements. Am Samstag performt sie beim Festival Openless im Kraftwerk

Von Ilo Toerkell

„Für mich ist Musik eine spirituelle Technologie“, sagt Nkisi. Die Künstlerin hinter dem Namen ist Melika Ngombe Kolongo. Die Producerin und DJ ist in der Demokratischen Republik Kongo geboren und in Belgien aufgewachsen, in ihrer Arbeit befasst sie sich mit den vielfältigen Klängen des afrikanischen Kontinents, kongolesischer Kosmologie und Musik als Form der Kommunikation. So auch in ihrer Performance, mit der sie am 24. August auf dem Berliner Festival Openless auftreten wird. In dieser nimmt sie gezielt Bezug auf den senegalesischen Trommler Doudou N'Diaye Rose und sein Stück „Cheikh Anta Diop“, das dem gleichnamigen Wissenschaftler und Anthropologen gewidmet ist. Im Gespräch mit der taz erzählt Nkisi von ihrer Beziehung zu N'Diaye Rose, Diop und wie kongolesische Kosmologie ihre elektronischen Experimente beeinflusst.

„Wenn ich im Studio bin, spüre ich die Energie meiner Vorfahren und meiner Umgebung und versuche diese durch

Musik auszudrücken“, erklärt Nkisi ihre Philosophie der Musikproduktion. Schon in ihrer Kindheit spielte Musik eine wichtige Rolle. Im Haus ihrer Mutter, die sich in panafrikanischen Gruppen organisierte, hörte sie kongolesische und andere westafrikanische Musikrichtungen. Auch der Name Nkisi ist ein Symbol der Verbindung zu den Vorfahren. Nkisi sind Skulpturen des präkolonialen Königreichs Kongo, denen spirituelle Entitäten innezuwohnen. Die Musikerin bezieht sich auf afrikanische Kunst und Denkweisen und findet sich damit in der Tradition Cheikh Anta Diops wieder. Dessen Forschung zu Panafrikanismus und präkolonialer Geschichte Afrikas, die sie als proto-afrofuturistisch beschreibt, prägt ihr Schaffen. Afrofuturismus ist eine politische und künstlerische Bewegung, die Schwarze Lebensrealitäten zentriert und Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft durch diese imaginiert. Dabei vermischen sich futuristische Elemente mit Tradition – so auch in Nkis Musik.

Die experimentellen Klänge ihres in diesem Jahr erschiene-

nen Albums „The Altar“ sind das Ergebnis von Recherchen in ethnografischen Musiksammlungen kongolesischer Musik sowie elektronischer Klangkunst der belgischen Industrial- und Doomcore-Szene. Dabei nimmt Nkisi eine kritische Haltung ein: „Mir ist bewusst, dass diese ethnografischen Archive und Aufnahmen oft durch koloniale Methoden generiert wurden und einen westzentrierten Blick auf indigene und afrikanische Kulturen reproduzieren.“

Inspiziert von akustischen Trommelmustern und den scheinbar endlosen Möglichkeiten der digitalen Produktion, kreiert Nkisi gezielt Balance oder Disbalance. Harmonie trifft Chaos. Zentral ist der Rhythmus, oder besser gesagt, die Rhythmen, denn Nkisi arbeitet mit polyrhythmischen Arrangements, die komplexe Klanglandschaften bilden und das Gefühl von Raum und Zeit verzerren.

Hier knüpft sie an Doudou N'Diaye Rose (1930–2015) an, der als Meister der senegalesischen Sabar-Handtrommel bekannt ist. N'Diaye Rose kreierte hunderte Trommelrhythmen und

wurde zu Lebzeiten als Unesco-Kulturerbe betitelt. Seine Kompositionen wurden vom Projekt Transcriptions, das sich mit dem Vermächtnis des Perkussionisten befasst, gemeinsam mit Mitgliedern der Familie und internationalen Musikschaffenden neu vertont. Diese Aufnahmen werden nun im Rahmen des Berliner Openless Festivals vorgestellt. Das Festival entspringt Berlin Atonal – das nunmehr alle zwei Jahre und daher erst

## Die Musik ist auch inspiriert vom Trommler Doudou N'Diaye Rose

wieder 2025 stattfindet – und präsentiert vom 23. bis 25. August 2024 experimentelle Musik und visuelle Kunst. Der Festivalsamstag ist dem Werk von N'Diaye Rose sowie kontemporären Interpretationen dessen gewidmet.

In Dakar erlebte Nkisi die Tradition hautnah und spürte „eine tiefe Verbindung zu der Trommel“, die sie als Wurzel aller

elektronischer Musik ansieht: „In Produktionen von heute höre ich das Echo der Musik von damals. Elektronische Musik ist eine Weiterführung dieser rhythmischen Traditionen.“

Auf die Frage, was von ihrer Performance am Samstag zu erwarten sei, schmunzelt Nkisi. „Ich verstehe meine Musik und Performance als Dekodierung und Rekodierung. Ich dekodiere Klänge durch meine Recherchen und rekodiere sie durch mich in die Musik. Das passiert meistens im Moment und wird von der Umgebung beeinflusst. Ich habe also keine Ahnung, was genau auf der Bühne passieren wird.“ Nach dem Gespräch mit der Künstlerin scheint das sowohl ein kluger Teaser zu sein als auch einfach der Wahrheit zu entsprechen. Neben Nkisi werden Mitglieder der N'Diaye Rose Familie, Lamin Fofane, Shackleton und Labour den Abend be spielen. Eine Hommage an Doudou N'Diaye Rose, die sowohl die Tradition als auch Zukunft des Trommelns ehrt.

„Openless“ – ein Projekt von Berlin Atonal: Kraftwerk Berlin, 23.–25. August

## Mit Kra-Boom! Nazi-Fische plattmachen

Bela Sobottkes antifaschistischer Comic „Terror 3000“ ist ein Meisterwerk des guten schlechten Geschmacks

Von Andreas Hartmann

Eins vorweg: Der Comic „Terror 3000“ gehört ab sofort in jede Antifa-WG, die etwas auf sich hält. Gerne als Klokeltüre, damit hätte der Berliner Autor und Zeichner Bela Sobottke, der sich diesen herrlichen Science-Fiction-Quatsch ausgedacht und illustriert hat, sicherlich überhaupt kein Problem.

Mit Nazis reden? In seiner Zukunftsvision, die im Jahr 3000 spielt, hat man endgültig erkannt, dass das nichts bringt. Egal, ob man auf dem Mond auf sie trifft oder in einer Unterwasserkolonie, egal, ob sie als Fischwesen daher kommen oder als Mutanten, die aussehen, als hätten sie in Säure gebadet: Das Beste ist, man macht die Freaks einfach ohne vorher groß zu diskutieren platt. Blam! Blam! Blam!, Splat! und Scronch! macht es somit andauernd in diesem Meisterwerk des guten schlechten Geschmacks. Und das Nazigesocks wird nach allen Regeln der Splatterkunst geköpft, zerstückelt oder mit Gabeln erlegt. Nur ein toter Nazi-Fisch ist ein guter Nazi-Fisch.

In der Zukunft, wie sie sich Sobottke ausmalte, hat die eingetretene Klimakatastrophe sämtliche Lebensumstände verändert. Dauerhitze und Überschwemmungen haben zu Verteilungskämpfen geführt, nach allerlei Katastrophen und Kriegen sind nur noch 400 Millionen Menschen übrig geblieben. Die haben es nun immerhin in der Postapokalypse geschafft, wieder einigermaßen friedvoll zu koexistieren. Was aber nicht bedeutet, dass all die übriggebliebenen AfD-Anhänger, Trump-Fans, Querdenker und sonstigen Schwurbler auch wirklich angenehmere Zeitgenossen geworden wären.

Yun, Sam und Fin vom Berliner Lieferservice „Space Parcel“ wollen eigentlich nur ihre Jobs erledigen, werden aber beim Betreten der Nazi-Kolonien sofort von aggressiven Skinheads oder Faschos mit Gräten angegriffen. Das spritzende Naziblut ist also immer das Ergebnis von Notwehr. Wobei am Ende des Comics klar gemacht wird: Zumindest gegen die scheußlichen Nazi-Vampire sollte man unbedingt auch proaktiv vorgehen.

Sobottke betreibt ein kleines Grafik-Büro in Berlin und ist schon seit längerem als Comicautor aktiv. Die Abenteuer seines zeitreisenden Revolverhelden Rocco wurden bereits in ein paar Comicbänden erzählt. Sobottke hat ein ausgeprägtes Faible für Pulp und Trash, das zeigt sich bei Rocco und nun erst recht bei „Terror 3000“. Während das Medium Comic sich in den letzten Jahren aufgemacht hat, in Form von Graphic Novels mit durchaus auch ernsten Themen endlich als echte Erwachsenenkultur ernst genommen zu werden, ist sein Ding eher hanebüchener Schund, der unbedingt zurück in die Underground-Nische möchte. Der freilich aber um einiges mehr Spaß machen kann als so manches aus der Comickunstecke, wie „Terror 3000“ beweist.

Man hat den Band schnell durch, da dürfte eine Sitzung auf dem Klo locker reichen, und intellektuelle Überforderung muss auch niemand befürchten, der sich nicht bereits in einen stumpfen Nazi-Mutanten verwandelt hat. Aber die Konsequenz, wie hier mit Dauer-Action,

ständigen Übertreibungen und sehr viel Gaga-Humor zur Sache gegangen wird, hat eine ganz eigene Qualität.

Die Stadt Berlin hat sich in „Terror 3000“ erstaunlich gut gehalten und sieht eigentlich noch genau so aus wie heute. Die Binse, dass jedes gute Science-Fiction-Szenario vor allem von den Problemen der Gegenwart erzählt, hat Sobottke nicht nur in dieser Hinsicht beherzigt. In tausend Jahren sollte die Menschheit ja wohl andere Probleme haben, als sich immer noch mit MAGA- und QAnon-Anhängern herumzuplagen, könnte man eigentlich meinen. Sobottke möchte einen in „Terror 3000“ aber vom Gegenteil überzeugen: Die Spinner von heute werden sich nur äußerlich von denen von morgen unterscheiden. Eigentlich sind das ja keine gute Aussichten. Aber mit ordentlich Kra-Boom! und Krack-a Koom! lässt sich das Problem doch lösen.

Bela Sobottke: „Terror 3000“. Gringo Comics, Esslingen 2024. 46 Seiten, 17,90 Euro



Unter anderem in diesem Einfamilienhaus soll der damals 32-jährige Soldat vier Menschen getötet haben  
Foto: Sina Schuldt/dpa

# Ein brutaler privater Feldzug

Vier Menschen soll der ehemalige Elitesoldat Florian G. getötet haben – aus Hass und aus Rache an seiner Frau, die ihn verlassen wollte. Nun muss er sich in Verden vor Gericht verantworten

Aus Verden **Nadine Conti**

Der Mann, der vier Menschen in einer Art privaten Militärfeldzug getötet haben soll, schlurft – erzwungen durch die Fußfessel – in den Gerichtssaal und gibt sich keine Mühe, sein Gesicht vor den Kameras zu verbergen. In betont gerader, militärischer Haltung nimmt er zwischen seinen beiden Pflichtverteidigern Platz, beantwortet die üblichen Fragen nach seinen persönlichen Daten mit einem zackigen „richtig“ und schweigt ansonsten.

Aber vor dem Landgericht Verden soll an diesem Mittwoch ohnehin erst einmal nur die Anklage gelesen werden. Die zeichnet noch einmal nach, was in weiten Teilen schon nach den Taten an die Öffentlichkeit gelangte. Wie der Bundeswehrosoldat Florian G. in der Nacht des 1. März sein privates Waffenarsenal sammelte, seine Ausrüstung anlegte und aus der Kaserne in Seedorf zunächst in Richtung Scheeßel fuhr.

Zu dem Haus, in dem sich der neue Lebensgefährte seiner Noch-Ehefrau aufhielt, mit seinen Eltern und seinem sechsjährigen Sohn aus einer vorherigen Beziehung. Wochenlang soll sich Florian G. in seinen Hass auf den Nebenbuhler hingesteigert haben, nachdem ihm seine Frau mitgeteilt hatte, sich von ihm trennen zu wollen. Dessen Eltern gab er eine Mitschuld, weil sie die neue Beziehung gefördert und unterstützt haben sollen.

Das Ganze soll geplant gewesen sein wie eine militärische Aktion, sagt die Staatsanwaltschaft. Er soll die Häuser ausgekundschaftet, die Objekte seines Hasses in „primäre“ und „sekundäre“ Ziele unterteilt haben. In dieser Nacht schlug er zu,

zuvor hatte er sich in einem Baumarkt in Zeeven eine Spaltaxt besorgt und in einem Getränkemarkt „Freixenet“-Flaschen gekauft, aus denen er vier Molotow-Cocktails bastelte.

Die Frau, die er als erstes erwischte, war in seinen Augen wohl ein „sekundäres“ Ziel. Die 55-jährige Mutter seines Nebenbuhlers lag auf dem Bauch in ihrem Bett und sah ihn nicht kommen. Er tötete sie mit zwei Schüssen in den Hinterkopf, bevor er sich ins Obergeschoss aufmachte, um den neuen Freund seiner Frau zu attackieren. Den verfolgte er durch den Flur und tötete ihn mit zehn Schüssen, während sich der sechsjährige Sohn im Kinderzimmer direkt nebenan befand.

Dann fuhr er weiter. Zum Haus der besten Freundin seiner Frau. Hier – so haben es die Ermittlungsbehörden rekonstruiert – schlug er ein Badezimmerfenster ein, ballerte blind hinein, wie er es in der Häuserkampf Ausbildung gelernt hatte, stieg dann ein und traf auf die 33-jährige Stephanie K.

Sie war beim Geräusch der Schüsse panisch ins Kinderzimmer direkt neben dem Bad gelaufen, hatte ihre dreijährige Tochter mitsamt der Decke aus dem Bett gerissen und hielt sie im Arm, als der 32-jährige sich ins Zimmer drängte. Sie soll noch versucht haben auf ihn einzureden, er schoss trotzdem.

Weil das Kind und die Mutter von der gleichen Kugel getötet wurden, gilt dies juristisch nur als eine Tat. Das Kind, so soll er später den Ermittlungsbehörden gesagt haben, war ein Versehen, er habe es nicht wahrgenommen. Die Staatsanwaltschaft glaubt das nicht. Auf dem Weg nach draußen schubst er im Flur die

11-jährige Tochter beiseite, die neben ihrer Mutter im Schlafzimmer geschlafen hatte. Dann wirft er einen „von der Bundeswehr entwendeten Nebeltopf“, wie es in der Anklageschrift heißt, unter das Auto der Familie unter dem Carport und verschwindet.

Er fährt zu einem nahe gelegenen See, an dem er auch seine Frau ken-

**Das Kind, so soll er später den Ermittlungsbehörden gesagt haben, war ein Versehen, er habe es nicht wahrgenommen**

nenlernte, trinkt mehrere Biere und telefoniert mit einem Freund. Erst am frühen Morgen stellt er sich, in der Von-Düring-Kaserne in Rotenburg an der Wümme, die gar nicht seine ist.

Das Waffenarsenal, das er bei sich hatte, eine Sig-Sauer-Pistole und ein Schnellfeuergewehr von Heckler & Koch soll nicht aus Bundeswehrbeständen stammen. Und trotzdem entzündeten sich an diesen Waffen gleich eine ganze Reihe von Fragen, wie auch die Vertreter der Nebenkläger beim Prozessauftritt noch einmal betonten. Denn immerhin gab es ja eine Anzeige wegen Bedrohung vor der Tat, sogar eine Gefährderansprache durch die Polizei. Warum durfte der Mann seine Waffen behalten? Warum hat bei der Bundeswehr niemand gemerkt, was sich hier anbahnte? Die Frage, ob sich diese Taten hätten verhindern lassen, beschäftigen die Nebenkläger sehr, sagen die erfahrenen Opfer-

anwälte Steffen Hörning und Helen Wienands. Sie befürchten allerdings auch, dass sie sich wohl nie beantworten werden lässt.

Neun Nebenkläger vertreten die beiden Anwälte. Es sind die unmittelbaren Angehörigen der Getöteten, der Mann, der seine Frau und seinen Sohn verloren hat, die Ex-Partner des getöteten Geliebten und der Freundin, die Kinder, die diesen Wahnsinn miterleben mussten. Die Frau, auf die Florian G.s Rachezug eigentlich zielte, gehört nicht dazu. Sie ist ja kein unmittelbares Opfer und damit als Nebenklägerin nicht zugelassen.

Nicht alle Hinterbliebenen sind psychisch in der Lage, sich diesem Prozess auszusetzen, sagen die Anwälte. Sie haben auch die Anklageschrift lieber nicht gelesen, um sich all diesen grausamen Details nicht aussetzen zu müssen. Aber eines wünschen sie sich eigentlich alle: die Höchststrafe. Die Feststellung der besonderen Schwere der Schuld. Eine anschließende Sicherungsverwahrung. Damit der mutmaßliche Täter nie wieder in die Nähe dieser Kinder kommt.

Einige hätten sich auch gewünscht, dass er sich äußert. Im Rahmen des Ermittlungsverfahrens hat Florian G. das noch getan. Auch mit einem Gutachter hat er schon gesprochen. Nun verkündet er vor Gericht überraschend, sich vorläufig nicht einlassen zu wollen. „Feige“ fänden ihre Mandanten das, sagt Wienands, die vor allem die Familie des Geliebten vertritt. Das Gericht muss nun andere Teile der Beweisaufnahme vorziehen. Es hat für diesen Prozess 35 Verhandlungstage angesetzt, die sich bis in den nächsten März ziehen.

südwest

## Selbstjustiz

Wer kennt nicht die rücksichtslosen Autofahrer, die falsch parken, die Fußgänger, die auf den Radwegen umherirren, als gäbe es nur sie und ihr Handy, sowie die Kampftraktoren, die der Richtung der Straßenseite keine Bedeutung beimessen. So geht es nicht weiter, meint der *südwest*. Und eine entlaufene Kuh in Celle schien diese Meinung kürzlich zu teilen. Laut dpa stieß sie dort einen Radfahrer um. Sie war bei einem Tierarztbesuch entkommen und offenbar vom Treiben auf unseren Straßen wenig angetan. Zum Nachahmen für andere Kühe ist die Aktion dann doch nicht zu empfehlen. Ihr tapferer Einsatz zur Verkehrsberuhigung endete damit, dass sie ein hinzu-





Very british: Hauseingang des New Institute in Hamburg  
Foto: André Zuschlag

# Akademische Insel wird entwohnt

Die Hamburger Forschungseinrichtung „The New Institute“ wollte Antworten auf die ganz großen Fragen liefern. Nun kündigte Mäzen Erck Rickmers an, das es die Arbeit einstellen wird

Von **André Zuschlag**

Unauffällig ist die lange Häuserreihe in direkter Nähe zur Hamburger Außenalster. Zwar frisch saniert, doch in zurückhaltenden Grautönen gestrichen. Erst auf den zweiten Blick zeigt sich, dass hier ein Aufenthalt wohl ziemlich angenehm sein muss: Gläserne Deckenlampen strahlen gediegenes Licht in einige der Räume, moderne Gemälde hängen an den hohen Wänden nebst breiten Bücherregalen. Von der Straße aus nicht einsehbar ist der große, mit alten Bäumen bewachsene Garten, der sich auf der Innenseite der Häuserreihe lang und breit erstreckt.

Den Blick in dieses Idyll schweifen lassen werden Wissenschaftler:innen bald nicht mehr können. Am Dienstag gab die als gemeinnützige GmbH organisierte „The New Institute Foundation“ bekannt, dass sie ihre zentrale Aufgabe zum Ende des kommenden akademischen Jahres im Sommer 2025 einstellen will: als Plattform für kluge Köpfe, die durch einen gemeinsamen, längeren Aufenthalt im schicken Warburg-Ensemble „Antworten auf die Fragen in Ökologie, Ökonomie und Demokratie im Zeichen der Klimakrise“ finden, wie es zur Gründung des Instituts im September 2020 selbstbewusst hieß.

Es habe nur teilweise geklappt, renommierte Akademi-

ker:innen verschiedener Disziplinen mit Vertreter:innen aus Politik, Wirtschaft, Medien und Kultur zusammenzubringen, erklärte das Institut nun in einem Schreiben. Im Rahmen des vom Institut angebotenen Fellowship-Programms habe sich nicht die erhoffte längerfristige Zusammenarbeit entwickeln können. „Zudem erwies es sich als schwierig, herausragende Wissenschaftler:innen und Praktiker:innen für eine einjährige Residenz zu gewinnen, da diese häufig aus familiären oder beruflichen Gründen nicht längerfristig verfügbar sind.“

## Ein zerknirschter Mäzen

Der Mann, der das Projekt initiiert hatte, zeigt sich nun ziemlich zerknirscht. „Ich bitte um Nachsicht dafür, dass wir die Erwartungen, die wir geweckt haben, nicht erfüllen konnten“, lässt Erck Rickmers mitteilen. „Als einer von vielen Menschen, die sorgenvoll in die Zukunft blicken, habe ich versucht, mit The New Institute einen gesellschaftlichen Beitrag zu leisten. Dies ist mir nicht in dem Maße gelungen, wie ich es erhofft hatte.“

Rickmers gehört zur bekannten Reedereifamilie, arbeitet selbst in der Schifffahrtsbranche und saß auch vor einigen Jahren für kurze Zeit als SPD-Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft. Als Gründer und Finanzier des Instituts

setzte sich über Rickmers das Bild eines um die Gesellschaft besorgten Philanthropen durch.

Der Start der Denkfabrik ließ die selbst proklamierten Erwartungen in die Höhe schnellen: Als Wissenschaftliche Direktorin hatte Rickmers die medial umfangreich präsente Maja Göpel gewonnen, der gut vernetzte Wissenschaftsmanager Wilhelm Krull wurde Geschäftsführender Direktor. Das komplette Gebäude-Ensemble mit seinen neun Stadtvillen ließ Rickmers umfangreich sanieren, um es zu einer akademischen Insel zu machen, in der sich über die großen Begriffe wie Innovation, Vision oder Zukunftsfähigkeit Gedanken gemacht werden sollte. Fern vom regelhaften Publikationszwang und anderer universitärer Verpflichtungen sollten die Gäste jenseits disziplinärer Grenzen die großen Fragen der Gesellschaft beantworten – und nicht nur Wissenschaftler:innen unter sich, sondern im Austausch mit Aktivist:innen, Journalist:innen oder Künstler:innen.

Sich selbst attestiert das Institut trotz der nicht erreichten Ziele eine erfolgreiche Zeit. „Die Arbeit war keineswegs ergebnislos“, sagt Rickmers. Zahlreiche Buchprojekte seien abgeschlossen, wissenschaftliche Artikel verfasst, Konferenzen organisiert und Workshops abgehalten worden. Dutzende, vor allem Wissenschaftler:innen lis-

tet das Institut als frühere Gäste auf.

## Kritik schon im Januar

Doch kamen zuletzt schon einige Zweifel auf, ob hinter der guten Publicity auch wirklich ein substanzieller Mehrwert entsteht. Von nennenswerten Projekten, die im Institut entstanden, war seit der Gründung wenig zu hören. Maßgeblichen Akteur:innen aus der Gründungszeit, Göpel oder Krull etwa, sind nach relativ kurzer Zeit abgesprungen. Und die FAZ konstatierte Anfang des Jahres, beim Institut habe man es mit einer „schwer erträglichen Angeberei zu tun, die alle Werte zugleich zu verwirklichen behauptet, aber bislang so gut wie nichts zustande oder jedenfalls zu Papier gebracht hat“. Schuld daran sei auch der Mäzen, der sich zu sehr einmische.

Etwas Aufmerksamkeit generierte immerhin der mit 20.000 Euro dotierte Helmut-Schmidt-Preis, der vom Zeit-Verlag zusammen mit der Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung und dem New Institute verliehen wird.

Und nun? „Wir haben noch ein volles akademisches Jahr vor uns, in dem wir erfolgreich arbeiten wollen“, sagt die Geschäftsführerin der Stiftung, Britta Padberg. Das Engagement für gesellschaftliche Themen wolle man aufrechterhalten – und neue Förderformate entwickeln.

## das portrait

### CDU-Politiker Dietrich Wersich plant ein Comeback

Dass in Hamburg in sechs Monaten Wahlen stattfinden, merkt man bislang eigentlich nur an den Aktivitäten der oppositionellen CDU. Vor ein paar Wochen schlug Parteichef Dennis Thering die frisch von der FDP gewechselte Anna von Treuenfels-Frohwein für Platz zwei der Landesliste vor. Nun wurde via *Hamburger Abendblatt* bekannt, dass er auch den früheren CDU-Sozialsenator Dietrich Wersich in sein „Team für die Bürgerschaftswahl 2025“ holt. Der habe die „soziale Handschrift der CDU in der Stadt durchgesetzt und das Leben für viele Menschen in Hamburg besser gemacht“.

Die Personalie überrascht etwas. Denn erst vor wenigen Tagen hatte Wersichs früherer Mitstreiter, der ehemalige CDU-Landeschef Marcus Weinberg, die Partei verlassen und der CDU Populismus und Polarisierung vorgeworfen. Der Arzt und Theatermanager Wersich zählt wie Weinberg zum liberalen Flügel der Partei, teilt dessen Einschätzung aber nicht. Es gehöre zur Rolle der Opposition, zuzuspitzen, „um überhaupt durchzudringen“, sagt er zur taz. Er halte CDU wie SPD als Volksparteien

### Wersich fuhr 2015 das bis dahin schlechteste Ergebnis der Hamburger CDU ein

weiter für sehr wichtig, weil sie eine Vielfalt von Strömungen vereinten.

Aktuell arbeitet Wersich wieder als Geschäftsführer der „Stäitsch Theaterbetriebs GmbH“, die in Hamburg ein Privattheater an vier Standorten betreibt. Die hatte sich aus seiner studentischen Theatergruppe gebildet. Wersich arbeitete nach seinem Medizinstudium zehn Jahre im Krankenhaus und gründete 1995 nebenher jene Firma, um klamme Spielstätten wie das Altonaer Theater zu retten.

In die Hamburgische Bürgerschaft kam der heute 60-Jährige 1997, wo er am Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu SPD-Filz-Vorwürfen beteiligt war. 2006 wurde er Staatsrat der Gesundheitsbehörde, 2008, mit Beginn der ersten schwarz-grünen Regierung, Senator für Soziales und Gesundheit. Er hält sich unter anderem ein Integrationskonzept mit Einbürgerungsfeiern zugute und ein Kita-System, das schon früh Berufstätigen den Rechtsanspruch gewährte. Bei Eltern kam nicht gut an, als er ob knapper Kassen Kita-Gebühren erhöhte.

Nach dem Ende der CDU-Regierungsära 2011 steckte Wersich gleich mehrere Niederlagen ein. Bei der Hamburg-Wahl 2015 fuhr er als CDU-Spitzenkandidat und Herausforderer vom damaligen Bürgermeister Olaf Scholz nur 15,9 Prozent ein. Das bis dahin schlechteste Ergebnis der Hamburger CDU. Der Satz eines Parteifreunds, wäre Wersich erst mal Bürgermeister, „die Menschen würden ihn nach kurzer Zeit lieben“, hatte nicht geholfen.

2020 holte Marcus Weinberg als CDU-Spitzenkandidat nur 11,2 Prozent, so wenig, dass nur über ihren Wahlkreis abgesicherte Bewerber zum Zuge kamen und alle Kandidaten der Landesliste leer ausgingen – so auch Wersich. Da hatte er wieder Zeit fürs Theater.

Trotzdem möchte er es nun zur Wahl am 2. März 2025 noch einmal auf der Landesliste versuchen. Er sehe sich als jemanden, der aus einer Oppositionskraft wieder eine Regierungsmacht machen könne. Zwar prognostizieren die letzten Umfragen eine Mehrheit für Rot-Grün. Wersich verweist aber darauf, dass die CDU bei der Bezirkswahl im bevölkerungsreichen Bezirk Wandsbek vorn lag. „Es könnte schon sein, dass im März die Wähler meinen, im Senat ist frischer Wind nötig.“ *Kaija Kutter*

Kiel. Es gehe um zwei Hauptverdächtige mit mehreren Schau-stellerbetrieben, die unberechtigt Hilfen während der Coronapandemie kassiert haben sollen. Dazu seien Rechnungen über Instandhaltungsarbeiten eingereicht worden, für die es keine Grundlage gebe. (dpa)

## Wiederansiedlung von Feldhamstern

Zum ersten Mal wurden in Niedersachsen Feldhamster wieder

angesiedelt. In Reinshof südlich von Göttingen seien 24 Tiere auf einer vorbereiteten Fläche zunächst noch unter großen Schutzkäfigen ausgesetzt worden, teilte die Heinz-Sielmann-Stiftung mit, die die Ansiedlung finanziell unterstützt. Das Projekt des Vereins AG Feldhamsterschutz Niedersachsen bilde den Auftakt einer langfristigen Wiederansiedlungsaktion für die vom Aussterben bedrohten Tiere. (epd)

Anzeige

## METHFESSELFEST

**30./31. Aug. 2024** Kultur- und Stadtteilfest  
mit Kinderprogramm und Flohmarkt  
Else Rauch Platz • U2 Lutterothstraße Mit Vergnügen Position beziehen!

Frieden und Abrüstung sind prima für die Menschen und das Klima!

Das Fest der Initiativen bietet:

- > Info-Stände
  - > Live-Musik
  - > Diskussionen
- Freitag 15.30 - 22 Uhr
  - Samstag 12.30 - 22 Uhr
  - Hamburg Eimsbüttel
  - Programm und weitere Infos
  - www.methfesselfest.de



Will es noch mal für die CDU versuchen: Dietrich Wersich  
Foto: Axel Heimken/dpa

## das wird

## „Er ist nie schwarz-weiß“

Zu Cartier-Bressons Geburtstag lädt das Bucerius Kunst Forum in seine Ausstellung ein

Interview **Karima Küster**

**taz: Frau Baumstark, was ist besonders an Henri Cartier-Bressons Fotografie?**

**Kathrin Baumstark:** Dass seine Fotografien uns heute noch unter die Haut gehen, liegt zum einen an ihrem Aufbau. Sie wirken wie ein Schnappschuss, aber sind so präzise komponiert, dass sie oft genau im Goldenen Schnitt liegen und unserem Schönheitsideal entsprechen. Gleichzeitig erfasst er den entscheidenden Augenblick, der viele Geheimnisse birgt. Deshalb regen uns die Bilder zum Nachdenken an. Außerdem macht ihn seine tief humanistische Haltung besonders. Der entscheidende Bezugspunkt ist bei ihm immer der Mensch. Die Liebe zu den Menschen findet sich in allen Bildern wieder.

**taz: Wie zeigt sich das in seinen Fotografien?**

**Baumstark:** In seinen politischen Reportagen erkennt man sehr viel. Er ist nie schwarz-weiß, auch wenn seine Fotografie es ist. Er lässt viele Grautöne zu. Es gibt beispielsweise eine Serie aus Dessau, in der man sieht, wie eine Frau eine andere als ihre Denunziantin erkennt und sie angreift. Es ist eine Art Täter-Opfer-Umkehr und wir stehen davor und fragen uns: Was passiert da gerade? Was ist der Schmerz auf der einen Seite, was der Schmerz auf der anderen? Diese Themen behandelt er häufig. Wir haben auch eine Serie seiner Fotografien aus den USA, die bisher relativ unbekannt war. Wir haben sie „Black and White America“ genannt. Cartier-Bresson war damals in den Südstaaten und hat die Rassentrennung fotografiert. Die hat ihn zutiefst schockiert, was auch in seinen Fotografien sichtbar wird.

**taz: Die Ausstellung verspricht einen speziellen Blick aufs Werk. Worin besteht der?**

**Baumstark:** Für uns ist es das Wichtigste, ihn als Fotografen mit Haltung zu zeigen. Das wurde lange vergessen. Er war immer nur der Magnum-Gründer, der große Fotograf, aber er ist unglaublich lustig. Er schafft Momente des Menschlichen. In unserer Ausstellung zeigen wir seine Werke in einer verwinkelten Architektur, um seine Straßenfotografie nachzuempfinden. Man kann sich durch die Ausstellung treiben lassen und entdecken, wie er gearbeitet hat. Dabei wollen wir natürlich auch seine Entwicklung zeigen – von den Anfängen im Surrealismus über seine Reisen und seine politischen Werke zu den Portraits.

**taz: Wie bringen Sie die Facetten zusammen?**

**Baumstark:** Alle Facetten dürfen für sich stehen, manchmal kann man sie aber auch gar nicht so trennen. Cartier-Bresson hat beispielsweise ein sehr schönes Portrait von Malcolm X geschaffen. Das hängt bei dem Kapitel „Black and White America“, blickt aber hinüber zu „Portraits“, weil es eben für beides steht.

**Ausstellung „Watch! Watch! Watch!“,** Bucerius Kunst Forum Hamburg, bis 16. 9., gratis am 22. 8. aus Anlass von Henri Cartier-Bressons Geburtstag



Hier genau soll der Open Mind Floor hin: Charly Hübner ist als Micha vorm Beamer voll in seinem Element Foto: ARD Degeto/MDR/Florida Film/Pandora Film

## Jessen filmt klein

Die Impro-Komödie „Micha denkt groß“ über große Visionen auf dem flachen Land erweist sich nicht als leinwandtauglich: Der Hamburger Regisseur Lars Jessen findet leider keine Bilder von Format

Von **Wilfried Hippen**

Eine Wellness-Oase in der brachliegenden Provinz von Sachsen-Anhalt! Das ist wirklich groß gedacht vom Selfmade-Unternehmer Micha, der in Berlin als Game-Designer viel Geld gemacht hat. Mit dem kehrt er in sein Heimatdorf zurück, um das geerbte Elternhaus in ein Luxushotel mit großem Pool und allen Schikanen umzubauen. Was ihm fehlt, ist allerdings das Wasser. Das Land versteppt. Dass Geld in die Gemeinde gepumpt wird, gefällt den Dorfbewohner\*innen, aber über den Zugang zum Wasser zerstreiten sie sich alle.

Das ist das Setting des Spielfilms „Micha denkt groß“. Und ein komplizierterer Plot wäre auch nicht hilfreich gewesen, denn die Dialoge stehen nicht im Drehbuch: Die Schauspieler\*innen improvisieren. Wichtig ist also, dass Situationen geschaffen werden, in denen die Darsteller\*innen die Gelegenheit haben, sich gegenseitig zu überraschen, um möglichst spontane und intensive Reaktionen aufeinander hervorzurufen. Das kann witzig und auch erfolgreich sein, wie Regisseur Lars Jessen und der Spezialist für improvisierte Filme und Hörspiele, Jan Georg Schütte, beispielsweise mit ihrem Fernsehspiel „Für immer Sommer 90“ bewiesen haben, für das sie 2021 den Grimme-Preis und den Deutschen Fernsehpreis bekamen. Ihr Hauptdarsteller war Charly Hübner, und der spielt nun auch in „Micha denkt groß“ den Titelhelden, der schnell merken muss, dass die anderen vielleicht nicht so groß wie er, aber dafür an sich selbst denken.

Sein mächtigster Gegenspieler ist der pensionierte Lehrer Bernd. Der verbreitet im Netz Verschwörungstheorien und lässt selbst einen Brunnen anlegen, um Micha das Wasser abzugraben. Der Co-Regisseur und Co-Autor Jan Georg Schütte spielt ihn als einen hin-

terhältigen Besserwisser und den einzigen wirklichen Schurken des Films. Peter Kurth gibt einen altingesessenen Bauern, der das Wasser am nötigsten braucht, um seine Kühe zu tränken. Jördis Triebel ist eine alte Jugendfreundin von Micha, die im Dorf geblieben ist und sich dort als Masseurin und Tanzlehrerin mehr schlecht als recht behauptet. Annett Sawallisch hat sich als Rollenmodell für die Dorfbürgermeisterin Angela Merkel ausgesucht, sodass bei ihre schon die Frisur und die Kostüme für ein paar Lacher sorgen.

Die sind nötig, denn die Darsteller\*innen sind zwar komisch und schlagfertig, aber bei ihren Improvisationen gibt es auch viel Leerlauf. Sie müssen sich ja in jeder Szene wieder neu aufeinander einlassen. So ist neben ein paar schönen Geistesblitzen viel alltägliches Gerede im Film gelandet. Das wirkt zwar authentischer, ist aber eben auch nicht so pointiert wie gut geschriebene Dialoge. In einigen Szenen

kommt aber dann doch alles gut zusammen. So etwa gleich am Anfang bei der ersten Bürgerversammlung, auf der Micha frisch aus Berlin die Provinzler von seiner Vision überzeugen will. Dabei gibt er neudeutsche Wortschöpfungen wie „Soul

**Neben ein paar schönen Geistesblitzen ist viel alltägliches Gerede im Film gelandet**

Body Balance“ zum Besten oder stellt die Wiese vorm Haus als künftigen „Open Mind Floor“ vor. In anderen Szenen ist den Darsteller\*innen jedoch nicht viel eingefallen.

So ziehen sich die beiden Sequenzen mit Charly Hübner und Natalia Rudziewicz, die Michas Berliner Freundin spielt: Zwischen den beiden passiert einfach nichts. Die

Handlung des Films entfaltet sich über ein Jahr von einem hoffnungsvollen Sommer bis zum nächsten, in dem Dürre herrscht. Doch dieser Versuch eines zumindest ansatzweise epischen Erzählens sorgt nur dafür, dass man die vielen Lächer im Plot flicken muss. Und bei aller Authentizität des Schauspiels kommt es dann auch zu Unstimmigkeiten wie dem sommerlichen T-Shirt, das Charly Hübner mitten in der sonst auch nicht sehr winterlich wirkenden Weihnachtszeit trägt.

Selbst groß gedacht haben Jessen und Schütte bei der Regie von „Micha denkt groß“ leider nicht: Zusammen mit Kameramann Moritz Schultheiß haben sie keine Kino-, sondern nur solide Fernsehfilmbilder geschaffen. Entsprechend wird im Presseportal der ARD verkündet, dass der Film schon im Herbst, also ein paar Wochen nach dem Kinostart am 22. 8., im Ersten sowie in der ARD-Mediathek zu sehen sein wird. Warum man dann noch ins Kino gehen soll, wird nicht verraten.



Foto: UBY/BKf

**Kathrin Baumstark** Jahrgang 1983, Kunsthistorikerin, ist Direktorin des Bucerius Kunst Forums Hamburg.



Der Blick in den Brunnen gerät zum trockenen Witz Foto: ARD Degeto/MDR/Florida Film/Pandora Film